

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

34–35/2005 · 22. August 2005



Soziologie

Ulrich Beck

Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert

Karl Otto Hondrich

Bildung, Kultur und elementare Prozesse

Jürgen Kocka

Vermittlungsschwierigkeiten der Sozialwissenschaften

Sascha Liebermann · Thomas Loer

Soziologie – Gegenwart und Zukunft einer Wissenschaft

Martin Hartmann

Das Unbehagen an der Gesellschaft

Editorial

Die Soziologie befindet sich in einer schwierigen Situation. Sie hat nach Auffassung führender Vertreter des Fachs zugunsten anderer Fächer wie der Politologie und der Kulturwissenschaften „an Interesse verloren“ (Karl Otto Hondrich) und „als Leitwissenschaft abgedankt“ (Ulrich Beck). Auch wird der Soziologie vorgeworfen, sie beschäftige sich im Wesentlichen mit sich selbst; von einer Sinnkrise ist die Rede.

Unabweisbar ist eine institutionelle Krise der Soziologie: Durch Streichung von Stellen und Kürzung von Mitteln ist die Lage des Faches an vielen Hochschulen und Universitäten kritisch. Ihr Stellenwert in Öffentlichkeit und Politik ist gesunken und sinkt immer noch. An den großen Debatten der Gegenwart sind Vertreterinnen und Vertreter der Soziologie zu wenig beteiligt, dominieren in der Disziplin doch mikrosoziologische Untersuchungen. Auch haben sich Europäisierung und Globalisierung bislang nicht adäquat in entsprechenden Forschungsvorhaben niedergeschlagen.

In welche Richtung sollte sich die Disziplin entwickeln? Wo liegt ihre Perspektive, worauf sollte sie sich in Zukunft konzentrieren, welche Rolle künftig spielen? Wie können Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler das Interesse der Öffentlichkeit wieder finden, wie ihre Leistungen besser ins Licht rücken, ihre Kompetenzen zum Tragen bringen und ihre Ergebnisse öffentlichkeitswirksamer machen? Der Weg führt nach Jürgen Kocka über die stärkere Einbettung der jeweils verfolgten Fragestellungen und Ergebnisse in breitere, praktischere, auch historische Zusammenhänge, nicht zuletzt auch über den Dialog mit dem Publikum.

Katharina Belwe

Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert

Die Soziologie hat als Leitwissenschaft abgedankt; sie ist zirkulär geworden; ihr Adressat ist nicht länger die Gesellschaft, die Öffentlichkeit, die Politik oder der Einzelne, sondern sie selbst. Ist dieser paradoxe Autismus der Wissenschaft des sozialen Handelns unwiderruflich? Gehören zu den Kosten der damit erzielten Abstraktionsgewinne nicht auch erhebliche Wirklichkeitsverluste

Ulrich Beck

Dr. phil., geb. 1944; Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der London School of Economics and Political Science (LSE); Universität München, Institut für Soziologie, Konradstraße 6, 80801 München. u.beck@lmu.de

der in einem bestimmten historischen Stadium und Blick der Moderne kategorial tiefgefrorenen Wirklichkeitswissenschaft? Welche Rolle also können die Sozialwissenschaften künftig spielen? Ich möchte diese Fragen inhaltlich diskutieren: Was meint „Europäisierung“ in der Perspektive soziologischer Theorie und Forschung? Gibt es so etwas wie *eine* europäische Gesellschaft?

Der Begriff „Gesellschaft“ setzt klare nationalstaatlich kontrollierte Grenzen voraus. Wie jedoch ist eine europäische „Gesellschaft“ mit variablen Grenzen und damit variablen Innen-Außen-Verhältnissen zu begreifen? Ist eine Gesellschaft, deren Schlüsselmerkmal die politische Variabilität ihrer geographischen „Grenzen“ ist, überhaupt noch eine „Gesellschaft“? Gibt es überhaupt so etwas wie *eine* europäische Gesellschaft? Muss man vielleicht den Gesellschaftsbegriff entnationalisieren, entstaatlichen und aus seinen territorialen Fixierungen lösen, um diese Fragen zu bearbeiten? Das Irritierende an diesen Fragen ist, dass sie überhaupt nicht gestellt werden – geschweige denn beantwortet! Dafür gibt es viele Ursachen, aber nur einen – kritikwürdigen – Grund: Der Gesellschafts-

begriff ist der Kristallisationspunkt des methodologischen Nationalismus der Soziologie. Wer Europa verstehen will, muss die Vorstellung, dass „moderne Gesellschaft“ und „moderne Politik“ nur als nationalstaatlich organisierte existieren können, in Frage stellen.

Kritik des „methodologischen Nationalismus“

Der Aufstieg der Soziologie fiel mit dem Aufstieg des Nationalstaates, des Systems internationaler Politik und des Nationalismus zusammen. Allein aus dieser historischen Eingebundenheit ergibt sich die Axiomatik des „methodologischen Nationalismus“, nach der Nation, Staat, Gesellschaft die „natürlichen“ sozialen und politischen Formen der modernen Welt sind.¹ Danach muss Europa im Plural der Gesellschaften, also *additiv* begriffen werden. Die Gesellschaft Europas fällt zusammen mit den nationalen Gesellschaften Europas. Diese begriffliche Weichenstellung programmiert das Unverständnis, das die Soziologie Europa entgegenbringt, ja, besiegelt die Europablindheit der Soziologie. Der additive, nationale Gesellschaftsblick kann Europäisierung soziologisch bestenfalls im methodischen Vergleich der Nationalgesellschaften erfassen. Damit aber geraten die Schlüsselfragen einer makrosoziologischen Europadynamik gar nicht erst in den Blick: Wie lassen sich ein „Gesellschaftsraum“ und seine Dynamik begreifen, zu dem zwar Nationalgesellschaften gehören, der jedoch nicht den nationalgesellschaftlichen Prämissen sozialer Kohäsion, kultureller Homogenität, politischer Partizipation und wohlfahrtsstaatlicher Assistenz gehorcht?²

Diese Frage nach einer Makrosoziologie der Europäisierung wird allerdings auch aus-

¹ Diese Kritik des methodologischen Nationalismus darf nicht verwechselt werden mit der Kritik des Eurozentrismus, der seit drei Jahrzehnten die Sozialwissenschaften beschäftigt. Zwar gibt es Überschneidungszonen, aber der methodologische Nationalismus ist oft auch zum unreflektierten Bestandteil der Sozialwissenschaften in außereuropäischen Kontexten und Ländern geworden, die das Prinzip nationalstaatlicher Souveränität auch als Denkprinzip gegen postkolonialen Imperialismus verteidigen.

² Vgl. Maurizio Bach, Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft?, in: ders. (Hrsg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Köln 2000.

geblendet, wenn man mit Niklas Luhmann den Gesellschaftsnationalismus der Soziologie kritisiert und ersetzt durch den Begriff der *einen* Weltgesellschaft.¹³ Auch dann wird die Frage nach einer Makrosoziologie Europas mit Nein beantwortet, ohne dass sie überhaupt gestellt wurde.

Einen Ausweg eröffnet die Theorie reflexiver Modernisierung.¹⁴ In der Tat ist die Europäisierung ein, vielleicht sogar *der* historische Testfall dieser Theorie, deren Grundgedanke ja keineswegs ein abrupter Bruch der Moderne ist. Behauptet wird das reflexive Zurückwirken der Folgen und Nebenfolgen der Nebenfolgen der Nebenfolgen der Moderne auf sich selbst. Aber es geht primär darum, ob die etablierten Unterscheidungen und Theorien, die allesamt aus dem Blickwinkel von gestern die Perspektive von morgen zu umschreiben versuchen, überhaupt in der Lage sind, die *Möglichkeit* eines *historischen* Wandels zuzulassen.

Die institutionelle Handlungslogik der ersten nationalstaatlichen Moderne, wie sie sich seit dem 18. Jahrhundert herausbildete, war am *Prinzip des Entweder-oder* orientiert: entweder Wir oder die Anderen, Natur oder Gesellschaft, Organisation oder Markt, Krieg oder Frieden und (auf unser Thema bezogen) entweder viele Nationalgesellschaften oder eine europäische Gesellschaft, entweder Bundesstaat (Föderalismus) oder Staatenbund (Intergouvernementalismus). Im Übergang zur reflexiven Moderne hingegen wird das Prinzip des Entweder-oder überlagert und zunehmend abgelöst durch das *Prinzip des Sowohl-als-auch*: nicht länger Inländer oder Ausländer, Innen oder Außen, Krieg oder Frieden, sondern *sowohl* Ausländer *als auch* Inländer, *sowohl* Innen *als auch* Außen, *sowohl* Krieg *als auch* Frieden und wiederum auf unser Thema bezogen: *sowohl* Europäisierung *als auch* Nationalgesellschaften, und

¹³ Vgl. Niklas Luhmann, Weltgesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975, S. 53 ff.

¹⁴ Vgl. Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M. 1993; ders./Wolfgang Bonß (Hrsg.), Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt/M. 2001; Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash, Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996; Ulrich Beck/Edgar Grande, Das kosmopolitische Europa, Frankfurt/M. 2004; Ulrich Beck/Christoph Lau (Hrsg.), Entgrenzung und Entscheidung, Frankfurt/M. 2004.

zwar nicht selten zur selben Zeit und am gleichen Ort.

Jenseits der Entweder-oder-Logik bietet die Theorie reflexiver Modernisierung Beschreibungen für die Komplexität Grenzen übergreifender Prozesse der Europäisierung an, in der die relative Eigenständigkeit der beteiligten Länder und Staaten gewahrt, gleichwohl aber ihre gegenseitige Abstimmung und Verflechtung vorangetrieben wird. Das erfordert für strukturelle Arrangements eine delicate Balance von Abschottung und Annäherung, eine Stabilisierung der widersprüchlichen Imperative von Entgrenzung und Begrenzung, kurz, eine Institutionalisierung von einerseits-andererseits.

Entsprechend muss die empirische Makrosoziologie der Europäisierung im Sinne der Theorie reflexiver Modernisierung das begriffliche Instrumentarium der Soziologie experimentell öffnen, neue kategoriale Schneidungen ausprobieren. In *Das kosmopolitische Europa*¹⁵ schlagen Edgar Grande und ich Alternativen einer postnationalen, entstaatlichten Gesellschaftstheorie der Europäisierung in experimenteller, kosmopolitischer Absicht vor:

- Europäische Gesellschaft als horizontale Verflechtung nationaler Gesellschaften;
- Europäische Gesellschaft als Ländermobilität;
- Europäische Gesellschaft als Zivilisation multipler Modernen;
- Europäische Gesellschaft als transnationaler Gedächtnisraum;
- Europäische Gesellschaft als Meta-Machtspiel;
- Europäische Gesellschaft als regionale Weltrisikogesellschaft; und
- Europäische Gesellschaft als transnationale Ungleichheitsdynamik.

Ich kann im Folgenden nur die letzten zwei Alternativen kurz aufgreifen und daraus abschließend die Ausgangsfrage wieder aufnehmend einige Schlussfolgerungen für eine kosmopolitische Soziologie für das 21. Jahrhundert ziehen.

¹⁵ U. Beck/E. Grande (Anm. 4).

Die Frage nach der gesamteuropäischen Ungleichheitsdynamik

Welche Konsequenzen hat der Abbau nationaler Grenzen in Europa für die gesamteuropäische Ungleichheitsdynamik? Mit zunehmender Europäisierung lösen sich die nationalen Wahrnehmungsgrenzen sozialer Ungleichheit auf. Auf die Frage, was soziale Ungleichheit legitimiert, sind mindestens zwei Antworten möglich: das Leistungsprinzip und das Nationalstaatsprinzip. Die erste Antwort ist bekannt, ausgearbeitet und kritisiert, entstammt sie doch dem Selbstverständnis der nationalen Perspektive und bezieht sich auf innerstaatliche Binnenungleichheiten. Die zweite Antwort erschließt die „Legitimation“ globaler Ungleichheiten. Hier werden die großen blinden Flecken und Fehlerquellen erkennbar, in die der methodologische Nationalismus die Ungleichheitssoziologie verstrickt, nämlich die fundamentale Asymmetrie der im nationalen Blick befangenen Ungleichheitswahrnehmung sowohl in sozialer als auch in sozialwissenschaftlicher Perspektive. Denn die „legitimierende Leistung“ des Nationalstaates liegt darin, dass dieser die Aufmerksamkeit ausschließlich nach innen wendet und dadurch transnationale und globale Ungleichheiten aus dem Gesichtskreis verbannt.

Anders gesagt: Der nationalstaatliche Blick „befreit“ vom Blick auf das Elend der Welt. Er funktioniert nach dem Modell der doppelten Exklusion: Er exkludiert die Exkludierten. Es ist erstaunlich, wie stabil die großen Ungleichheiten, an denen die Menschheit leidet, in stillschweigender Komplizenschaft zwischen staatlicher Autorität und staatsfixierter Soziologie durch organisierte Nicht-Wahrnehmung „legitimiert“ werden. Durch welche Konstruktion wird dies ermöglicht?

Die Unterscheidung zwischen globalen und nationalen Ungleichheiten beruht darauf, dass im national begrenzten Raum und Horizont starke Gleichheitsnormen – zivile, politische und soziale Bürgerrechte, präpolitische nationale Identitäten – sowohl die Vergleichbarkeit von Ungleichheiten innerhalb des nationalen Raumes als auch die Unvergleichbarkeit zwischen denselben herstellen.

Dies ist die Voraussetzung dafür, dass sozialpolitische Aktivitäten im Inneren und

Passivität gegenüber anderen „draußen“ politisch legitimiert werden können. Denn wäre die Ungleichheit selbst das politische Kriterium, dann wäre kaum zu rechtfertigen, dass die europäischen Wohlstandsgesellschaften mit enormem Aufwand finanzielle Transfersysteme im Inneren auf der Grundlage nationaler Armuts- und Bedürftigkeitskriterien organisieren, während ein Großteil der Weltbevölkerung täglich vom Verhungern bedroht ist.

Der methodologische Nationalismus der Ungleichheitssoziologie setzt unreflektiert national begrenzte Gleichheit voraus und konstant. Unerkannt bleibt also: Das Nationalstaatsprinzip selbst erzeugt die angesichts dramatisch wachsender und/oder bewusst werdender globaler Ungleichheiten knapp werdende Ressource der *Legitimation durch Unvergleichbarkeit*, anders gesagt: *durch institutionalisiertes Wegschauen*.

Was heißt das, angewandt auf die Europäisierung? In dem Maße, in dem die Barrieren der zwischennationalen Unvergleichbarkeit von Ungleichheiten fallen (etwa durch ein wachsendes europäisches Selbstbewusstsein oder durch die Institutionalisierung von Gleichheit und Selbstbeobachtung), dürfte – selbst bei konstanten Ungleichheitsverhältnissen – die Europäische Union in erhebliche Turbulenzen geraten.¹⁶

Die Problematik lässt sich an einem einfachen Beispiel verdeutlichen: Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war eines der zentralen Anliegen der Arbeiterbewegung, und sie ist es noch immer. Der Kampf der Gewerkschaften um Gleichheit endete allerdings an einer „natürlichen“ Grenze: der des Nationalstaates. So selbstverständlich es ist, innerhalb Deutschlands um den Erhalt des Flächentarifvertrages und nach der Vereinigung Deutschlands um die Angleichung der Löhne in Ost- und Westdeutschland zu kämpfen, so selbstverständlich war es lange Zeit, Lohnunterschiede zu anderen europäischen Ländern zu ignorieren. Durch diese nationale Brille sind Lohnunterschiede zwischen Bayern und Sachsen illegitim, während die gleichen Lohnunterschiede zwischen Bayern und Belgien legitim sind.

¹⁶ Vgl. ebd., Kap. VI.

Was geschieht nun aber, wenn dieselben Unterschiede durch eine europäische Brille betrachtet und bewertet werden? Werden die Lohnunterschiede zwischen den europäischen Ländern dann nicht illegitim? Müssten die europäischen Gewerkschaften dann nicht für alle europäischen Arbeiter „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ fordern? Oder muss dieses Prinzip aufgegeben werden?

Das sind alles andere als akademische Fragen, wie exemplarisch im Januar 2004 deutlich wurde, als in den nationalen Öffentlichkeiten erhitzt über die Initiative einiger EU-Abgeordneter polemisiert wurde, durch eine Vereinheitlichung der Diäten die Identität des Europa-Parlaments zu stärken. Auf engstem Raum gibt es hier riesige Ungleichheiten in der Bezahlung der gleichen Tätigkeiten: Ein italienischer Abgeordneter erhält 11 000 Euro brutto, sein deutscher Fraktionskollege etwa 7 000 Euro, der spanische Fraktionsnachbar muss mit 3 000 Euro vorlieb nehmen, während die neuen Kollegen aus den mittelosteuropäischen Beitrittsländern nicht mehr als 1 000 Euro erhalten. Diese extreme Ungleichheit der Diäten für die gleiche Abgeordneten-tätigkeit wird vorerst nicht entschärft, da die EU-Außenminister die Initiative unter öffentlichem Druck abschmetteten.

Der Neoliberalismus hat inzwischen das alte Motto der Arbeiterbewegung in neuer Form übernommen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit – aber auf *niedrigstem* Niveau! Die Gewerkschaften scheinen dadurch vor zwei in gleicher Weise unakzeptablen Alternativen zu stehen. Die eine besteht darin, dem entgegenzuhalten und zu fordern: gleicher Lohn für gleiche Arbeit – aber auf *hohem* Niveau! Diese Alternative wurde nach der Vereinigung Deutschlands gewählt, und es ist wohl unstrittig, dass sie ökonomisch fatal und politisch utopisch ist. Die zweite Alternative ist nicht weniger erfreulich; dadurch geraten die Gewerkschaften in die perverse Lage, die alte Parole ihrer Gegner – ungleicher Lohn für gleiche Arbeit! – zu übernehmen, also konkret die bestehenden Lohnunterschiede zwischen den europäischen Ländern zu verteidigen. Dadurch werden die Gewerkschaften in eine neonationale Position gedrängt.

Das Beispiel zeigt, dass mit dem Abbau der Grenzen das explosive Potenzial europäischer Ungleichheiten nicht etwa ent-

schärft wird, sondern hervorzubrechen droht, weil die Wahrnehmungsbarrieren internationaler Unvergleichbarkeit abgebaut, also Ungleichheiten über Ländergrenzen hinweg gleich bewertet und entsprechende Angleichungen eingeklagt werden. Diese Konfliktkonstellation birgt ein enormes politisches Potenzial: Es kann von postkommunistischen Parteien ebenso genützt werden wie von den rechten neonationalen Bewegungen. Selbst sozialdemokratische Parteien oder so genannte „linke“ Partei-Neugründungen sind gegen diese neonationale Versuchung nicht gefeit.

Was folgt daraus allgemein? Zugespitzt gesagt: Nicht die Ungleichheit, sondern die Gleichheit Europas (und der Welt) schürt gesamteuropäische (und globale) Ungleichheitskonflikte.

Europäische Gesellschaft als regionale Weltrisikogesellschaft

Die Frage nach der Makrosoziologie der Europäisierung birgt die Gefahr, dass die Fehler des methodologischen Nationalismus auf der europäischen Ebene wiederholt werden: in Gestalt eines „methodologischen Europäismus“. Um dem entgegenzuwirken, darf Europäisierung nicht nur endogen, sie muss auch exogen im weltgesellschaftlichen Bezugsrahmen begrifflich bestimmt und analysiert werden. Auch dazu hier nur wenige skizzenhafte Bemerkungen.

Die Moderne erfährt sich als riskant in dem Sinne, dass sie mit ihren Erfolgen die Möglichkeit der Selbstzerstörung heraufbeschworen hat. Doch eine solche Perspektive reflexiver Modernisierung bedarf einer kosmopolitischen Öffnung, je nachdem, ob die Gefährdungen der Modernisierung als die Nebenfolgen „eigener“ oder „fremder“ Entscheidungen wahrgenommen werden. Die Ungleichheitsdynamik der „Weltrisikogesellschaft“ lässt sich in diesem Sinne entlang der Unterscheidung von Selbstgefährdung und Fremdgefährdung entschlüsseln.¹⁷ Grob vereinfacht gesprochen heißt dies: Europäisierung meint *Selbstgefährdung*, während die Möglichkeiten der Selbstzerstörung der Mo-

¹⁷ Vgl. Ulrich Beck, World Risk Society, Cambridge 1999.

Perspektiven einer kosmopolitischen Soziologie für das 21. Jahrhundert

derne in der Dritten Welt primär als *Fremd*-gefährdung wahrgenommen werden. Anders als in der Dependenztheorie oder der World System Theory weist die Theorie reflexiver Modernisierung darauf hin: Ungleich betroffenen sind die verschiedenen Weltregionen nicht nur durch die Folgen gescheiterter, sondern auch durch die Folgen *erfolgreicher* Modernisierungsprozesse.

Die großen Konfliktlinien während des Kalten Krieges waren offen politische und gewannen ihre Brisanz aus nationalen und internationalen Sicherheitsfragen. Die geopolitischen Konfliktlinien in der Weltrisikogesellschaft verlaufen zwischen den verschiedenen Risikokulturen. So kristallisieren sich unter der Signatur der Risikowahrnehmung geopolitische Konfliktlinien zwischen Regionen heraus, die das Terrain der Weltrisikogesellschaft mit sehr unterschiedlichen historischen Lagen, Erfahrungen und Erwartungen betreten.

Ein herausragendes Beispiel dafür sind die gegensätzlichen Vorstellungen von Dringlichkeit, die in Europa und den USA einerseits den Gefahren der Klimaveränderung, andererseits dem transnationalen Terrorismus zugesprochen wird. Die kulturellen Wahrnehmungen von globalen Bedrohungen driften zwischen Europa und Amerika nicht nur weit auseinander, sondern weil sie weit auseinander driften, leben Europäer und Amerikaner in verschiedenen Welten. Während die Europäer in den Augen der Amerikaner an einer Umwelthysterie leiden, sehen viele Europäer die US-Amerikaner von einer Terrorismushysterie befallen. Das Auseinanderdriften der transatlantischen Risikokulturen droht zu einem Kulturbruch zwischen den USA und Europa zu führen: Kulturelle Wahrnehmungsdifferenzen erzeugen einen (um Huntington abzuwandeln) *clash of risk cultures*. Man glaubt an die laufende Klimakatastrophe oder an die mögliche Allpräsenz von Selbstmord-Terrorattentaten.

Man täusche sich nicht: Es geht bei der Wahl zwischen Risiken nicht nur um die Wahl zwischen Risiken, sondern um die Wahl zwischen zwei Visionen der Welt. Es geht darum, wer schuldig und wer unschuldig ist, wer aufsteigt und wer fällt – das Militär oder die Menschenrechte, die Logik des Krieges oder die Logik der Verträge.

Welche Konsequenzen lassen sich aus der Frage nach der gesamteuropäischen Ungleichheitsdynamik ziehen?

Erstens: Es gibt Deutschland nicht mehr; ebenso wenig Frankreich, Spanien, Italien, ja selbst Großbritannien. Denn Europa und seine Nationalgesellschaften verflechten, durchmischen, durchdringen sich immer mehr. Nach nunmehr 50 Jahren Europäisierung sind die einzelnen Staaten und Gesellschaften nur noch in der europäischen Synthese handlungsfähig. Wir leben in einer unbekanntem, unbegriffenen und unerforschten „Gesellschaft“ Europa, und die Soziologie muss dringend Modelle der *europäisierten* Sozialstrukturanalyse erarbeiten, um den methodologischen Nationalismus zu überwinden.

Zweitens: Die reflexive Modernisierung sozialer Ungleichheit vollzieht sich in zwei Phasen: Seit den achtziger Jahren steht die These einer Auflösung traditioneller nationalgesellschaftlicher Sozialstrukturen im Zentrum, wofür der Begriff der *Individualisierung* steht. Um es hier noch einmal zu wiederholen: Individualisierung meint nicht die „Kultur der Wahl“, wie immer wieder behauptet wird. Das Individualisierungsargument betont vielmehr von Anfang an die Fortexistenz, ja Radikalisierung ökonomischer Ungleichheit, die heute in Europa eine neue Qualität gewinnt. Die Aktualität der Individualisierungstheorie besteht gerade darin, dass sie – neben den ökonomischen Bedingungen – in diesem Sinne den Wohlfahrtsstaat als Produzenten sozialer Gleichheit *und* Ungleichheit ins Blickfeld rückt.

Eine zweite Phase beginnt nun mit der Kritik des methodologischen Nationalismus der Sozialwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte, Volkswirtschaftslehre usw.). Diese Kritik betrifft auch die Kontroverse zwischen Individualisierung sozialer Ungleichheit und Klassensoziologie: *Beide* Positionen setzen den methodologischen Nationalismus voraus; nicht nur weil beide Positionen ganz selbstverständlich die Untersuchungseinheit „Nationalgesellschaft“ teilen; auch weil hier wie dort der nationale Wohl-

fahrtsstaat die Konditionen der Ungleichheitsproduktion *und* der Ungleichheitssoziologie vorgibt und weil damit die politisch brisante Schlüsselfrage – Wie gehen Europa und seine Nationalgesellschaften mit religiösen und ethnischen Differenzen um, und wie überlagern und verstärken diese Anerkennungskonflikte die gesamteuropäischen Verteilungskonflikte sozialer Ungleichheit? – in der unreflektierten Übernahme nationaler Gleichheit (Inklusion und Exklusion) als Prämisse soziologischer (Ungleichheits-)Forschung und -Theorie untergeht.

Drittens: Man sollte diese Kritik am methodologischen Nationalismus nicht vorschnell mit dem Hinweis abtun, es handle sich dabei nur um ein paar Datenprobleme, die uns die Sozialstrukturanalyse eingebrockt hat, aber die Substanz der soziologischen Theorie und Forschung bliebe davon unberührt.¹⁸ Bezeichnenderweise beruhen selbst die raffiniertesten Theorien über die *Conditio humana* der Moderne auf der unreflektierten Annahme, dass nationale Formen der Inklusion und Exklusion überhaupt erst moderne Staaten und damit moderne Gesellschaften, Klassen(konflikte), Demokratie, soziale Sicherheit usw. ermöglichen. Nationalstaats-Prinzipien wurden auf diese Weise in fundamentale Annahmen der soziologischen und politikwissenschaftlichen Theorien eingewoben, so dass sie gänzlich aus dem Blick verschwanden. Ob man Talcott Parsons und Robert K. Merton oder Pierre Bourdieu und Niklas Luhmann herausgreift, keiner dieser Autoren hat die nationale Rahmung von Staaten und Gesellschaften der Moderne auf systematische Weise zum Thema erhoben. Interessanterweise wurden diese nationenblinden Theorien der modernen Gesellschaften im Kontext sich rasch nationalisierender Gesellschaften und Staaten formuliert – manchmal, wie im Fall von Emile Durkheim und Max Weber, während oder nach nationalistischen Kriegen, die den Kurs, den das Projekt der Moderne angenommen hat, wesentlich geprägt haben. Die blinden Flecken des methodologischen Nationalismus verweisen also gerade auch im Rahmen sozialwissenschaftlicher Theorie auf inhaltliche Fragen: In den Augen von Karl Marx, Emile

¹⁸ Vgl. Ulrich Beck/Natan Szaidler: *Cosmopolitan Sociology*, in: George Ritzer (Hrsg.) *Encyclopedia of Social Theory*, London u. a. 2005, S. 41–42.

Durkheim, Max Weber und Talcott Parsons verloren im Zuge der Modernisierung, Rationalisierung und Differenzierung ethnische und nationale Bindungen systematisch an Bedeutung.

Was ich in diesem Text oben am Beispiel der gesamteuropäischen Konfliktodynamik nur andeuten konnte, muss also verallgemeinert werden: Andere grundlegende Konzepte und Einheiten empirischer Forschung wie Staat, Politik, Gemeinschaft, Identität, Gerechtigkeit, Solidarität, Mobilität, Migration, Haushalt, Familie, Wissen, Verstehen, Geschichte, Militär usw. müssen aus ihren universalistisch verdeckten, nationalen Konnotationen herausgelöst, transnational geöffnet und in einer „kosmopolitischen Perspektive“ redefiniert werden.

„Kosmopolitismus“ ist ein schillernder Begriff, in dem sich ganz verschiedene Bedeutungshorizonte überschneiden. Er lässt sich bekanntlich bis zu den Kynikern und Stoikern der Antike zurückverfolgen; später spielte er in den europäischen Gesellschaften immer dann eine Rolle, wenn diese mit grundlegenden Umwälzungen konfrontiert wurden – dies macht ihn für eine Gesellschaftsanalyse zu Beginn des 21. Jahrhunderts interessant. Er nahm in der Philosophie der Aufklärung (in Deutschland bei Kant, Fichte, Schelling, Wieland, Forster, Herder, Goethe, Schiller, Heine u. a.) eine zentrale Stellung ein;¹⁹ schließlich wurde er in der aktuellen Globalisierungsdiskussion schon als positiver Gegenbegriff zur Ordnungsmacht des Marktes und des Nationalstaates wieder entdeckt.¹⁰

¹⁹ Vgl. Thomas Schlereth, *The Cosmopolitan Ideal in Enlightenment Thought*, Notre Dame 1997; Siegrid Thielking, *Weltbürgertum. Kosmopolitische Ideen in Literatur und politischer Publizistik seit dem achtzehnten Jahrhundert*, München 2000; Stephen Toulmin, *The Hidden Agenda of Modernity*, New York 1990; Pauline Kleingeld, *Six Varieties of Cosmopolitanism in Late Eighteenth-Century Germany*, in: *Journal of the History of Ideas*, 60 (1999), S. 505–524.

¹⁰ Vgl. Daniele Archibugi (Hrsg.), *Debating Cosmopolitics*, London 2003; ders./David Held (Hrsg.), *Cosmopolitan Democracy*, Cambridge 1995; Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt/M. 1997; Pheng Cheah/Bruce Robbins (Hrsg.), *Cosmopolitics: Thinking and Feeling Beyond the Nation*, Minneapolis 1998; David Held, *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Cambridge 1995; Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*.

Der sozialwissenschaftliche Begriff der „Kosmopolitisierung“ oder des „kosmopolitischen Realismus“, den ich (in Abgrenzung von dem vorherrschenden philosophischen Verständnis) in meinem Buch *Der kosmopolitische Blick* entwickle,¹¹ ist der Versuch, den methodologischen Nationalismus zu überwinden und Konzepte zu entwickeln, die auch empirische Analysen der Transnationalisierung Europas und Deutschlands am Beginn des 21. Jahrhunderts ermöglichen. Es geht darum, eine neue Methodologie zu erarbeiten: einen „methodologischen Kosmopolitismus“. Dieser stellt eine Strategie dar, die Probleme, welche der Nebelbegriff „Globalisierung“ für die Sozialwissenschaften aufwirft, zu benennen und zu beantworten. Deshalb ist es wichtig, auf die kategoriale Differenz zwischen Globalisierung und Kosmopolitisierung hinzuweisen. Während Globalisierung die Unterscheidung von global und national, national und international voraussetzt, liegt die Pointe des neuen sozialwissenschaftlichen Kosmopolitismus darin, dass die Duale von global und lokal, national und international, Wir und die Anderen aufgehoben und in neuen, empirisch zu analysierenden Formen miteinander verschmolzen werden.¹²

Dies hat zur Konsequenz, dass der Begriff und die Phänomene des Kosmopolitismus räumlich nicht festgelegt sind; der Begriff ist eben nicht an den „Kosmos“ oder den „Globus“ gebunden; er umfasst keineswegs „alles“. Das Prinzip des Kosmopolitismus lässt sich vielmehr spezifisch auf allen Ebenen und in allen Themen gesellschaftlichen und

Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M. 2000; dies./Helmut Anmeier/Marlies Glasius, *Global Civil Society. Yearbook 2003*, Oxford 2003; Andrew Linklater, *The Transformation of Political Community. Ethical Foundations of Post-Westphalian Era*, Columbia 1998; Thomas W. Pogge, *Cosmopolitanism and Sovereignty*, in: *Ethics*, 103 (1992), S. 484–495; Steven Vertovec/Robin Cohen, *Conceiving Cosmopolitanism. Theory, Context, and Practice*, New York 2002.

¹¹ Ulrich Beck, *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt/M. 2004.

¹² Hier liegt auch der enge Zusammenhang zur Theorie reflexiver Modernisierung begründet, die ja das neue Sowohl-als-auch, also die Mischverhältnisse von Grenzen und Unterscheidungen, ins Zentrum stellt. Vgl. Ulrich Beck/Christoph Lau (Hrsg.), *Entgrenzung und Entscheidung*, Frankfurt/M. 2004; John Urry, *The New Mobilities Paradigm*, Manuskript, Lancaster 2004.

politischen Handelns auffinden bzw. anwenden: in internationalen Organisationen, in binationalen Familien und Nachbarschaften, in Global Cities, in transnationalisierten Militärorganisationen, im Management multinationaler Konzerne, in Produktionsnetzwerken, in Menschenrechtsorganisationen, bei Ökologiefreunden, bei globalen Globalisierungsgegnern usw. Zu klären, was kosmopolitisches Verstehen voraussetzt, beinhaltet, in welche methodologischen Probleme und Dilemmata es führt, ist damit nicht ein Wunscherfordernis, das nach der Sozialstrukturanalyse Deutschlands aufgegriffen werden kann, aber nicht muss. Die Öffnung und Verwandlung von der universalistischen Nationalsoziologie zur kosmopolitischen Soziologie ist vielmehr notwendige Voraussetzung, um die Dynamik kultureller Unterschiede und Konflikte in allen möglichen historischen Kontexten, also auch in Deutschland und Europa, zu verstehen.¹³

Methodologischer Kosmopolitismus stellt auch eine Strategie dar, den naiven Universalismus der westlichen Soziologie zu überwinden. Er öffnet die Soziologie, macht sie sensibel für die vielen Universalismen, die latenten und offenen Konflikte kontextueller Universalismen, beispielsweise der postkolonialen Erfahrung. Methodologischer Kosmopolitismus heißt also auch: die anderen Soziologien – Soziologien von und über afrikanische, asiatische und südamerikanische Modernisierungserfahrungen – einzubeziehen, um die sozialstrukturelle Dynamik in Deutschland und Europa – wie sagt es Max Weber? – in ihren Sinngehalten zu verstehen und in ihren Ursachen zu erklären.

Denn hinter der verallgemeinernden Rede von „Modernisierung“ verbergen sich diverse Prozesse, die je nach historischen Vorzeichen unterschiedliche Pfade *in* und *durch* die Moderne hervorgebracht haben. Diese weichen vor allem dahingehend voneinander ab, dass Modernisierung als emergentes Phänomen *innerhalb* einer Gesellschaftsformation angesehen werden kann (wie man dies für Europa annimmt) oder von außen herangetragen, angeboten oder auch oktroyiert wurde. Je nachdem welche Rolle Gewalt, Zwang, Überzeugung bei der Übernahme moderner Institu-

¹³ Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, *Wir und die Anderen*, Frankfurt/M. 2004.

tionen gespielt haben, lassen sich folglich vom europäischen Entwicklungsweg andere Pfade unterscheiden: zum Beispiel der Weg der „Abnabelung“ im Falle Amerikas, der „Unterwerfung“ im Falle der Kolonialländer sowie der „selektiven Übernahme“ in anderen Teilen der Welt.¹⁴

Offensichtlich kann – nach einem langen Prozess der De-Kolonialisierung und der postkolonialen Kritik – nicht mehr vorausgesetzt werden, dass der Rest der Welt dem Entwicklungspfad Europas (oder neuerdings: Nordamerikas) folgen wird. Statt einer global konvergierenden Moderne verschränken und verweben sich die unterschiedlichen Pfade: Je nach Ausgangslage befindet man sich zwischen Erster, Zweiter und „Noch-nicht“-Moderne – also in der unübersichtlichen Konstellation einer „entangled modernity“ (Shalini Randeria). Die Gefahren der Zweiten Moderne, der Weltrisikogesellschaft, klopfen schließlich bereits an die Tür von Regionen, die immer noch auf die verspätete Ankunft der Ersten Moderne warten; und es kann auch vermutet werden, dass sie dort andere Formen ausbilden werden als jene, die in westlich-europäischen Ländern von uns zu beobachten sind.

Kosmopolitische Soziologie erfordert auch einen wichtigen Übergang in Formen der Lehre. Greifen wir das Beispiel heraus, was als „klassische Soziologie“ im amerikanischen Curriculum gilt; das hat nämlich mehr zu tun mit dem amerikanischen Pragmatismus und der Chicagoer Schule, während in Europa „die“ klassische Soziologie sich zunächst auf Weber, Marx und Durkheim stützt.

Im Kern geht es allerdings um die Schlüsselfragen der Zweiten Moderne: Das Neue, das sozialwissenschaftlich zu verstehen und gesellschaftlich zu gestalten ist, wird nicht geschaffen von der Vorsehung oder von Gott, sondern erzeugt von der Wissenschaft und dem Markt. Es entsteht also als ungesehene und nicht intendierte Nebenfolge der *Erfolge* radikalierter Modernisierung. Benötigt werden Konzepte und Ideen, wie wir diese Probleme global sozialwissenschaftlich beschrei-

ben und analysieren, aber auch politisch beantworten können, ohne das kulturelle Gerüst der Daseinsformen zu demontieren. Das, was sozialwissenschaftlich und politisch getan wird, nämlich sich in den nationalgesellschaftlichen Forschungsroutinen zu verbarrikadieren oder – im Bereich der Politik – zum Beispiel in China zu investieren in der Hoffnung, dass sich die nationale Wirtschaft wieder belebt, ist ein kopfloses Denken und Handeln, wenn auch in gigantischem Stil.

Demgegenüber ist zu fragen: Wie wird beispielsweise eine Soziologie möglich, die den Bann der nationalen Perspektive auf diese globalen Problemlagen und Transformationen bricht? Ist es dafür nicht notwendig, die Idee, dass soziale Klassen, aufbauend auf der Berufsdifferenzierung nationaler Gesellschaften, nach wie vor den Schlüssel bilden, um die Konfliktlinien und -dynamiken zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu entschlüsseln und zu verstehen, zumindest zu ergänzen und zu korrigieren durch die Frage, wie sich die Kämpfe um Anerkennung und Verteilung von Rechten global, transnational und national sozialwissenschaftlich abbilden und analysieren lassen? Anders gefragt, wie werden in einer Welt, in der als Nebenfolge erfolgreicher Modernisierung die kulturell Anderen nicht länger ausgegrenzt und damit die (nationale) Homogenität der Sprache und der Universalismus der wechselseitigen Verständlichkeit nicht länger einfach unterstellt werden können, *kosmopolitisches Verstehen* oder, methodologisch gewendet, so etwas wie eine *kosmopolitische Hermeneutik* möglich? Kosmopolitische Sozialwissenschaft bedarf also einer *dialogischen Imagination*, die – im Kontrast zu der monologischen Imagination der nationalen Perspektive – die Koexistenz rivalisierender ethnischer, nationaler und religiöser Glaubenssätze und Lebensstile im individuellen und sozialen Erfahrungsraum einschließt. Diese mikrosoziologische Brechung der makrosoziologischen Weltgegensätze und Weltgefährdungen macht es zu einer Schicksalsfrage, sich ausschließende Gewissheiten in der Organisation des „eigenen Lebens“ zu vergleichen, zu reflektieren, zu kritisieren, zu verstehen und zu verbinden.

Max Weber hat die Soziologie (bei aller Weltoffenheit seiner kulturvergleichenden Perspektiven und Studien) letztlich als Schule der (idealtypisch als Leitbild klar definierten)

¹⁴ Vgl. Göran Therborn, *Routes to/through Modernity*, in: Mike Featherstone/Scott Lash/Roland Robertson (Hrsg.), *Global Modernities*, London 1995, S. 124–139.

fest gefügten Weltordnung des Nationalstaats begründet. Er konnte nicht sehen oder vorhersehen, womit wir von nun an konfrontiert sind, nämlich der Implosion dieser Ordnung bei der Beibehaltung ihrer Fassaden im Zuge radikalierter Modernisierung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts müssen wir dementsprechend zusätzlich und grundsätzlich fragen: Wie werden Sozial- und Politikwissenschaft dort und dann möglich, wenn sich die Unterscheidungen der Ersten Moderne – die scheinbar ewig getrennten Sphären des Nationalen und Internationalen, des Lokalen und des Globalen – neu mischen? Oder, mit Kant und Durkheim gefragt: Wie wird Soziologie als Schule der *Weltbürgerlichkeit* in den globalen Konfliktlinien der fragmentierten Welt(risiko)gesellschaft möglich? Diese konzeptionelle und methodologische Selbsterneuerung könnte allerdings einen bitteren Verlust für die Soziologie nach sich ziehen: Sie müsste ihren akademischen Autismus abstreifen und am Ende gar (auch in Form internationaler Kontroversen) Lust auf neue Fragen wecken.

Karl Otto Hondrich

Bildung, Kultur und elementare soziale Prozesse

Alles, was im sozialen Leben geschieht, kann als Bildung, als Kultur und als elementare Sozialität betrachtet werden. Die Bildungs- und Gestaltungswissenschaften, wozu ich auch die Politologie rechne, sowie die Kulturwissenschaften sind heute attraktive Studienfächer. Demgegenüber hat die Soziologie an Interesse verloren. Das mag viele Gründe haben. Einer könnte im langjährigen Bemühen der Soziologen liegen, sich als Kulturwissenschaftler von den Naturwissenschaftlern abzugrenzen. Im Ergebnis ist die Soziologie in den Kulturwissenschaften aufgegangen; sie hat sich – überspitzt formuliert – aufgegeben. Heute ist ihr alles zur Kultur geworden: vom Kampf der Kulturen bis zur Diskurskultur.

Karl Otto Hondrich

Dr. rer. pol., geb. 1937; Professor für Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main.
hondrich@soz.uni-frankfurt.de

In vorliegendem Beitrag geht es darum, Gegenstand und Perspektive der Soziologie im engeren Sinne wieder zu finden: im Geiste von Emile Durkheim und Georg Simmel, angehaucht auch von Niklas Luhmann, aber diese nicht rezipierend, sondern eher – in den sozialen Verhältnissen von heute – wieder entdeckend. Ich greife dazu auf Gedanken der Gründerväter zurück, weniger auf deren Begriffe, und entwickle so das *Konzept der elementaren sozialen Prozesse*. Mit deren Hilfe versuche ich, die Erkenntnisse, ja die Gesetze der Soziologie zu begreifen und von denen der Kultur- und Bildungswissenschaften zu unterscheiden.

Zwischen Bildung, Kultur und den elementaren Sozialprozessen sehe ich ein Machtverhältnis, wobei ich die elementaren sozialen Prozesse für mächtiger halte als Bildungsan-

strengungen und kulturelle Gegebenheiten. Alle politischen Gestaltungsversuche und alle kulturellen Wandlungen müssen „durch diese Sozialprozesse hindurch“ und stoßen dabei an ihre Grenzen. Die elementaren sozialen Prozesse stellen eine Macht dar: *hinter* Politik, Bildung und Kultur. Diese Macht des Sozialen aufzuzeigen, betrachte ich als *die* Aufgabe der Soziologie. Wenn sie, als Wissenschaft, auch eine politische Funktion hat, dann jene, die relative Ohnmacht politologischer und kulturologischer Argumente zu erhellen und ihnen damit etwas von ihrem Relevanzanspruch zu nehmen.

In Bezug auf das Beitrittsbegehren der Türkei zur Europäischen Union, das hier als Beispiel dienen soll, heißt das: Es mag so oder so entschieden werden. In jedem Falle sorgen die elementaren sozialen Prozesse aber dafür, dass auch das Gegenläufige geschieht. Die nicht intendierten Folgen der einen oder der anderen Entscheidung liegen also nicht so weit auseinander, wie wir in unserer Aufregung als Handelnde und Mitentscheidende glauben. Lapidar formuliert: Es ist im Grunde gleichgültig, wie die politische Entscheidung ausfällt; in den elementaren sozialen Prozessen entscheidet sich das soziale Leben ohnehin noch einmal anders, als wir Handelnde entscheiden.

Elementare Sozialprozesse

Alle drei Begriffe – Bildung, Kultur und elementare soziale Prozesse – haben in der Neuzeit eine aktivistische, rationalistische Färbung angenommen. Am stärksten trifft das für den Begriff der Bildung zu. Für Johann Wolfgang Goethe war Bildung noch ein vorbewusstes Sichselbstformen und ein kontemplatives Erkennen der Form. Nicht erst der Akademiker ist gebildet; gebildet ist schon jedes Stück Natur in unserer Hand, auch der Stein ist ein Gegenstand „zarter Empirie“. Leider haben wir verlernt, Bildung so elementar zu verstehen, schreibt Adolf Muschg dazu. Als Bildungssoziologen, so vermute ich, folgen wir den Strömungen der Politik und des Zeitgeistes. Bildung ist zum Ziel und Reformprojekt geworden, und zu den Bildungszielen gehört die Gleichheit der Bildungschancen. Bildungssoziologen evaluieren den Grad der Zielerreichung und erklären uns, welche kulturellen Prägungen – Klasse,

Geschlecht, Ethnizität – dem Bildungserfolg im Wege stehen.

Hinter Bildung als Intention erscheint damit Kultur als nichtintentionale Lebensform und normatives Regelwerk. Sie ist vor und unabhängig von bewussten Bildungsbestrebungen gewachsen. Bildung und Kultur, aus der Sicht des deutschen Bildungsbürgers fast identisch, stehen sich oft genug konträr gegenüber. Es ist der Konflikt zwischen dem willentlich Gestalteten und dem unwillkürlich, quasi naturhaft Wachsenden. Und doch enthält gerade der moderne Begriff der Kultur auch ein gestalterisches, willentliches Element: Das wird deutlich, wenn wir Natur und Kultur gegenüberstellen wie etwa in der Redeweise von Natur- und Kulturlandschaften. Dabei wird Kultur zu etwas Menschen gemachtem, Kontrafaktischem, Normativem. „Nur dadurch hat der Mensch Kultur, dass er nicht so sein will, wie er ist“ (Immanuel Kant). Da ertönt schon das ganze Pathos der Aufklärung, der Wille zum Besseren und Höheren – und etwas Anti-Empirisches.

Während im Begriff der Kultur noch der menschliche Wille mitschwingt, spielt er im Begriff der elementaren sozialen Prozesse keine Rolle mehr. Diese laufen *zwischen* Lebewesen – von deren Willen ganz und gar entrückt – ab (obwohl die individuellen Willen und Handlungen der Stoff sind, mit dem die elementaren Sozialprozesse arbeiten). Menschliche Handlungen und Kulturen sind Erscheinungsweisen von Sozialprozessen. Grundbegriffe der Soziologie wie sinnhaftes Handeln und Sinnsysteme, Normen und Werte sind Ausfluss dieser Erscheinungsweisen. Sie sind Kulturprodukte. Sie bilden die Paradigmen, die uns professionell in Fleisch und Blut übergegangen sind. Sie leiten und fesseln unser soziologisches Denken in kulturell (vor)geschlagenen Schneisen. Das Nachdenken über elementare soziale Prozesse betrachte ich als einen Befreiungsversuch aus diesem ehernen Gehäuse professioneller Hörigkeit.

Ich unterscheide *fünf elementare Sozialprozesse*: Erwidern (Austauschen), Werten (Urteilen), Teilen, Bergen (Ver-Bergen) und Bestimmen (Entscheiden). Jeder dieser Prozesse steht für ein Charakteristikum, das auch allen anderen Prozessen und dem sozialen Leben insgesamt eigen ist.

Erwidern steht für die Dialektik sozialer Prozesse. Es ist ein Hin und Her, Hin und Wider, eine Bewegung und Gegenbewegung. Bewegung bringt Gegenbewegung hervor und begrenzt damit das Fortschreiten in nur eine Richtung. Alle sozialen Prozesse sind selbstbegrenzend. Sie setzen damit auch Bildungsanstrengungen und kulturellen Entwicklungen Grenzen. Das ist der entscheidende Gedanke. Die empirische Beobachtung von sozialen Phänomenen, die sich uns immer als gebildete und kulturell gewachsene präsentieren, lässt per se solche Grenzen nicht erkennen. Empirie, insbesondere empirische Kulturwissenschaft, ist deshalb mit allen möglichen Hoffnungen und Utopien vereinbar. Aber erst mit der Einsicht in Grenzen, die durch elementare Sozialprozesse selbst gegeben sind, beginnt die *Soziologie*: eine dialektische Logik.

Im *Prozess des Wertens* liegt die Dialektik auf der Hand. Jedes Aufwerten impliziert ein Abwerten, entweder derselben Beziehung oder anderer Beziehungen. „Jetzt noch besser mit neuer Rezeptur“ steht auf einem Fruchtjoghurt im Supermarkt. Der Kunde stutzt. Dieselbe Marke, die er bisher gekauft hat, war also vorher schlechter!

Der Schauspieler und Entwicklungshelfer Karlheinz Böhm wurde in einer Talkshow mit seiner jungen afrikanischen Frau danach gefragt, wie er denn die Kulturunterschiede in seiner Ehe empfinde. Sie seien der Harmonie förderlich, antwortete er sinngemäß; er habe nie zuvor so innige Liebe verspürt. Nichts lag ihm sicher ferner als frühere Beziehungen herabzusetzen; und doch war unwillkürlich genau dies geschehen. Im *Prozess des Wertens bzw. Urteilens* findet die moralische Ur-Teilung der sozialen Welt statt: in nein und ja, schlechter und besser. Er ist die unaufhörliche Quelle der Moral. Von ihm beziehen alle anderen Gesetze und Prozesse ihre moralische Tönung. Es sind soziomoralische Prozesse.

Im *Prozess des Teilens* teilt sich das soziale Leben in diejenigen Beziehungen, die etwas gemein haben, und solche die nicht dazu gehören. Die dialektische Bewegung ist die des Einschließens und Ausschließens. Produziert werden kollektive Identitäten und Konflikte zwischen ihnen: zwischen Insidern und Außenseitern, zwischen Mehrheiten und Minderheiten und zwischen Kollektiv und Individu-

um. Alle sozialen Prozesse sind kollektive. Sie spiegeln sich in den Individuen, die sie hervorbringen. Sie werden nicht von Individuen gemacht, sondern bringen Individualität, wie Georg Simmel gezeigt hat, erst hervor. Der Prozess des Teilens erzeugt auch einen Konformitätsdruck: Wenn 25 Länder Mitglieder der EU sind, dann unterliegt jedes weitere Mitglied, auch die große Türkei, dem Zwang, sich der Mehrheit anzupassen.

Elementare soziale Prozesse laufen unbewusst ab. Im *Prozess des Bergens* teilt sich die soziale Welt in eine Oberwelt des Sichtbaren und eine Unterwelt des Unsichtbaren; in das, was sich mitteilt, bewusst wird, manifestiert, und das, was sich verbirgt, unbewusst und latent wird. Dass mit jeder Manifestation sozialer Beziehungen andere Beziehungen oder Beziehungsaspekte in die Latenz sinken, und umgekehrt – darin besteht die dialektische Bewegung dieses Prozesses. Sie sorgt dafür, dass aus der Unterwelt der Sozialität jeweils nur ein begrenzter Ausschnitt in die Oberwelt unserer Wahrnehmung gerät.

Im *Prozess des Bestimmens* schließlich verwandelt das soziale Leben die Unbestimmtheit der Zukunft in eine bestimmte Herkunft – und erzeugt zugleich wieder neues Unbestimmtes, unbeabsichtigte Folgen, die uns oftmals zufällig oder schicksalhaft erscheinen. Es ist doppelt unbestimmt: durch das Aufeinanderstoßen unendlicher Zukunfts- und Herkunftszeiten im winzigen Zeitpunkt der Gegenwart; und durch das Zusammentreffen einer Vielzahl von Beziehungen und Handlungen, ebenfalls im winzigen Nadelöhr der Gegenwart.

Das Handeln der Individuen, die in dieser gewaltigen Selbstbestimmungsmaschinerie der Sozialität einen Zipfel erhaschen und ihrerseits, handelnd, selbst bestimmen wollen, hat hier seinen Platz. Es wäre auch der Platz einer Theorie des Handelns, die in der Soziologie einen so großen Stellenwert hat. Aber wie klein wird dieser Stellenwert angesichts der Gesamtheit des sozialen Geschehens mit seinen unbestimmten, vom Willen der Handelnden unbeeindruckten Folgen!

Die Dialektik der Moral

Das soziale Leben entfaltet und begrenzt sich, aus der Sicht der hier skizzierten fünf

Prozesse, als dialektisches, moralisches, kollektives, unbewusstes und unwillkürliches Geschehen. Ihren Bezugspunkt und ihre Funktion haben die sich selbst begrenzenden elementaren Prozesse in der Kontinuität des Zusammenlebens. Sie sind für das soziale Leben in seinen verschiedenen kulturellen Ausbildungen überlebensnotwendig. Jedem der fünf Prozesse wohnt, unausgesprochen, eine Moral inne:

Du sollst – Gleiches mit Gleichem, angemessen – erwidern! Das ist die *Moral der Reziprozität*.

Du sollst – das Eigene – vorziehen! Darin kommt die *Moral der Präferenz* zum Ausdruck.

Du sollst übereinstimmen, – mit anderen – eins sein. So lässt sich die *Moral kollektiver Identität* in Worte fassen.

Du sollst das Verborgene nicht enthüllen, an das Heilige nicht rühren! Darin liegt die *Moral des Tabus*.

Du sollst dich in das unbestimmte Geschehen fügen! Das ist die *Moral der Grenzen menschlicher Macht* gegenüber Schöpfung und Schicksal.

Aber die Moral der fünf Prozesse hat auch etwas Brisantes und Empörendes: Es rührt aus der Dialektik der Prozesse her. Erwidern heißt auch: Gewalt erwidern. Vorziehen des Eigenen impliziert Benachteiligungen des anderen. Übereinstimmen der einen trennt von den anderen. Tabuieren steht gegen Erkennen. Sich ins Unbestimmte fügen heißt auf Gestaltung und Bildung verzichten.

Das alles ist für moderne Menschen höchst ärgerlich. Es hat eine moralische Gegenbewegung hervorgerufen: eine Dialektik gegen die Dialektik der fünf Prozesse, eine Moral des Aussteigens aus der Dialektik des Sozialen. Ich paraphrasiere Kant: Weil der Mensch die Wirklichkeit der elementaren sozialen Prozesse nicht so akzeptieren will, wie sie ist, hat er Kultur als Gegenmoral entworfen.¹

¹ Wie sich diese Gegenmoral historisch gebildet, ausdifferenziert hat, kann ich in diesem Rahmen nicht diskutieren. Dem Anschein nach hat es etwas mit den monotheistischen Religionen, besonders dem Christentum zu tun.

Gegen die Gegenseitigkeit des Gebens setzt die christliche Gegenmoral das einseitige „Du sollst vergeben, freigeben, freigiebig sein. Liebe deine Feinde!“; gegen das Präferieren und Diskriminieren: die Idee der Gleichwertigkeit der Kulturen oder der Wertneutralität; gegen kollektive Identitäten: Personalität und Universalität des Individuums; gegen Tabu: Aufklärung; gegen Schicksalhaftigkeit: selbstverantwortliches, bestimmendes, bildendes Handeln.

Aber die elementaren Sozialprozesse erlauben kein Aussteigen. Wie Naturgesetze zwingen sie alles Bildungs-Handeln und alle Kulturen in ihre Dialektik: auch den Versuch, eine Europäische Union zu bilden.

Die Ost-Erweiterung der EU impliziert eine gewaltige, doppelte Bildungs-Anstrengung: Die Union als Ganzes bildet sich. Und einzelne Beitrittsländer wie die Türkei sollen dergestalt lernen, also gebildet werden, dass sie hineinpassen.

Bildung von Differenzen durch Aufhebung von Differenzen

„So lang mussten wir nicht mal in der DDR Schlange stehn“, sagt einer Anfang der neunziger Jahre an der Kasse eines Münchner Supermarktes. Ein kleiner schnauzbärtiger Mann dreht sich zu ihm um: „Wir dich nicht gerufen.“

Ein alter Witz. „Wir dich nicht gerufen“ – in diesem „Wir“ kommt eine kollektive Identität zum Ausdruck, die sich nichtintentional fast unbemerkt gebildet hat: Wir in Westdeutschland, wir Westdeutsche, wir Wessis – das schließt, nach deren eigenem Empfinden, auch die ehemaligen Gastarbeiter ein, die hier ansässig geworden sind und nun als Einheimische zusammen mit den gebürtigen Deutschen ein Wir gegen die Neuankömmlinge aus Ostdeutschland bilden. Ziel der offiziellen Politik ist die Bildung einer umfassenden, gesamtdeutschen Identität. Viele Indikatoren weisen darauf hin, dass dies tatsächlich geschieht. Und doch: Unter der Oberfläche des offiziellen Zusammenwachsens, das ja den hohen Anspruch der Einheit enthält, entzweien sich Osis und Wessis (unter Einschluss der Deutsch-Türken) und bewahren und erneuern die in knapp 50 Jahren gewach-

senen Unterschiede der zwei Kulturen auf deutschem Boden. Kurz: In der Osterweiterung der Bundesrepublik, welche die Aufhebung von Differenz bezweckt, bilden sich innere Differenzen neu.

Weil hochgespannte Erwartungen an Gleichheit und Einheitlichkeit enttäuscht wurden, wenden sich die enttäuschten kollektiven Gefühle, als negative, gegen das aufnehmende und bestimmende Kollektiv – und werden dort, ebenfalls negativ, erwidert. Das einseitige Bestimmenwollen wird von elementarer Gegenseitigkeit begrenzt – und von unbestimmten, ungewollten Folgen. Die Erwartung der Einheit und Gleichheit als Wert hat den Unwert einer neuen Uneinigkeit hervorgebracht. Die Aufhebung der innerdeutschen Grenze als politischer Akt hat, im Innern und nach außen, andere Grenzen entstehen lassen. Verantwortlich dafür sind die elementaren sozialen Prozesse.

Das Gleiche passiert bei der Osterweiterung der Europäischen Union. Sie weckt Erwartungen, die sogleich wieder gedämpft werden sollen: Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ja, aber Beitritt frühestens in zehn bis fünfzehn Jahren. So werden Zeitgrenzen gesetzt. Auch der erstrebten Freizügigkeit werden Grenzen gezogen. Und zugleich wird angekündigt, dass die bisher noch lockenden Subventionen begrenzt werden.

Was hier bei der Strategie der politischen Erwartungsbegrenzungen deutlich die Feder führt, das ist die Präferenz für eigene, zentral-europäische, ja nationale Interessen. Die Rückbesinnung auf diese Interessen bekommt gerade im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen Auftrieb.

Wo Einigkeits- und Gleichheitserwartungen in der EU nicht durch politische Entscheidungen bzw. Bildungsprozesse eingegrenzt werden, übernehmen kulturelle Grenzziehungen diese Funktion. Sie bedienen sich der elementaren Sozialprozesse, u. a. der Präferenz für das Eigene und der kollektiven Herkunftsidentitäten. Oder sollten wir sagen: Die elementaren Sozialprozesse bedienen sich der kulturellen Phänomene? Auf alle Fälle: Wo politische Regulations- und Schließungsprozesse nach außen preisgegeben werden, bildet sich kulturelle Selbstregulation und Schließung im Innern,

oftmals als ethnische Gruppenbildung oder Isolation. Dies zeigt sich in folgendem Beispiel: Ein junger, liberal-multikulturell engagierter Mann erzählt, er wolle mit seiner Familie aus dem teuren Frankfurt in den kleineren Ort XY umziehen; die Sache habe aber einen Haken: Es gäbe in der Schule dieses Ortes Schulklassen, die zu 70 bis 80 Prozent türkisch-marokkanisch seien; das gehe einfach nicht für seine Kinder, weshalb er sich nach einer Waldorfschule umschaue.

Es wird deutlich, wie durch ethisch wohl begründete politische Entscheidungen, diese zum Teil durchkreuzend, und ebenso durch kulturbildende Prozesse hindurch, die elementaren soziomoralischen Prozesse ihr Wesen treiben. Wir erwidern, werten auf und werten ab, schließen ein und schließen aus – und tun dies alles eher im Verborgenen.

Kulturelle Differenzen – unsterblich?

Die Europäer fürchten kulturelle Differenzen. Die kulturelle Andersartigkeit der Türkei ist das Hauptargument gegen deren Beitritt. Es ist – im Augenblick – die große Stunde der Kulturwissenschaftler und Historiker, um diese Differenz bis in die Tiefe der Herkunftsbindungen auszuloten. Wir wissen, dass politische Bildung die kulturellen Unterschiede nicht einfach einebnen kann. Aber wir setzen unsere Hoffnung auf eine Theorie der Modernisierung: Wirtschaftliche Entwicklung führt zu Urbanisierung, Säkularisierung, Individualisierung, Egalisierung der Geschlechterrollen usw. Die kulturellen Differenzen wachsen sich aus.

Das ist richtig – und immer falsch. Denn auch wenn sie scheinbar verschwinden, reproduzieren sich kulturelle Differenzen, indem sie sich sublimieren. Sie sind unsterblich. Die Bildungssoziologie weiß das. Wir schaffen in den Schulen Chancengleichheit für Arbeiterkinder und junge Türkinnen – und dann, spätestens in der Berufskarriere, reproduziert sich die Chancenungleichheit, indem sie auf kulturelle Feinheiten in den Herkunftsmilieus zurückgreift und diese aufwertet. (Bildung und Kultur sind tatsächlich Ausgleichsmittel *und* Generator von Ungleichheit.) Die Türkei wird sich in ihrer ma-

teriellen Kultur immer mehr angleichen – und zugleich wird sich unser Sensorium für die in Primärbeziehungen sich fortsetzenden Unterschiede familialer und religiöser Herkunft schärfen.

Das ist von den Bildungssoziologen zu lernen. Aber fragen sie auch nach den Gründen? Wir alle kennen die Gründe. Aber wir wagen nicht, sie zu benennen und in die weihevollen Hallen soziologischer Theorie aufzunehmen, passen sie doch nicht zu unserem modernen Lebensgefühl. Sie liegen in den elementaren Prozessen der Sozialität:

– im sozialen *Prozess des Teilens*, der uns kollektive Identitäten beschert;

– im *Prozess des Wertens*, der uns als moralisches Urgestein die Präferenz für die vertrauten kollektiven Identitäten einprägt;

– im *Prozess des Bergens*, der dies als Vorgänge ablaufen lässt, bevor wir bewusst urteilen und selbst bestimmen können;

– im *Prozess des Bestimmens*, der unsere Versuche, dem sinnhaft handelnd und politisch bildend entgegenzusteuern, ins Unbestimmte, ja Gegenläufige laufen lässt;

– im *Prozess des Erwiderns*, der die Bildung kollektiver Identitäten zu einem wechselseitigen Vorgang macht und die Akteure zu gegnerischer Kooperation verbindet.

So hartnäckig sich kulturelle Differenzen auch halten, sie sind nicht unverrückbar. Und sie sind nicht an sich bedeutsam. Sie können unbedeutend werden angesichts größerer Unterschiede und bedeutend angesichts kleinerer. Die Wertunterschiede, welche die Europäische Union vom islamisch-arabischen Terrorismus trennen, empfinden Europäer als gewaltig. Türken teilen diese Empfindung; für sie ist der islamische Terrorismus im eigenen Land zumindest ebenso bedrohlich. Alles was es an Unterschieden zwischen Europa und der Türkei sonst auch geben mag, wird von der gemeinsam empfundenen Bedrohung durch den Terrorismus zumindest zeitweise eingeschmolzen. Unterschiede erscheinen unbedeutend im Lichte gemeinsamer Sicherheitsinteressen.

Dabei zeigt sich, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in ein größeres Beziehungsgeflecht eingebunden sind, zu dem, grob vereinfachend, die USA, Russland und die islamischen Staaten des vorderen Orients gehören. Gerade dort gibt es angesichts marodierender und terroristischer Gewalt gemeinsame Sicherheitsinteressen. In Bezug auf die Ordnung dieser Gewalt ist Europa längst Teil eines Gewaltkartells, das von den USA angeführt wird. Während die USA Ordnungskriege führen (Stichworte Bosnien, Afghanistan, Irak), schwankt Europa zwischen der Klage über seine eigene militärische Schwäche und der Genugtuung, der blanken Gewalt der Amerikaner kulturell höherwertige Ordnungsleistungen entgegenzuhalten.

Nüchtern betrachtet ist es erstaunlich, wie weit die Sicherheitsinteressen Europas und der Türkei übereinstimmen. Als traditionell zuverlässiger militärischer Partner verstärkt die Türkei das militärische Element, zu dem die Mitteleuropäer seit dem Zweiten Weltkrieg ein so ambivalentes Verhältnis haben. Beide Seiten haben im islamischen Fundamentalismus einen gemeinsamen Feind. Beide haben in den USA auch einen gemeinsamen Freund, von dessen plumper Gewaltanwendung, zuletzt im Irak-Krieg, sie sich aber gemeinsam absetzen. Dasselbe lässt sich auch mit Blick auf den etwas weniger engen gemeinsamen Freund Russland sagen. Beide, Europa ebenso wie die im vorderen Orient vorsichtig agierende Türkei, suchen Lösungen für internationale Konflikte nicht über Gewalt, sondern über Verhandlung, Vermittlung, Legitimation. Ein Mitglied Türkei würde zu allem, was Europa beschließt oder tut, eine Legitimation beisteuern, über die kein christlicher Staat und kein christliches Europa verfügt. Es ist dies eine islamische Legitimität.

Mit einer europäischen Türkei stünde ein Europa im Kampf der Kulturen nicht mehr auf einer Seite, sondern in der Rolle, in der es sich in der Welt am liebsten sieht: als Legitimator, nicht als Terminator; als gewaltloser Vermittler, nationale und religiöse Identitäten in einer übergreifenden universalistischen Moral aufbrechend.

Eine solche weltpolitische Funktion übernehmen Gesellschaften nicht altruistisch. Sie

wächst ihnen zu, durch eigene Interessen und davon geleitetes Handeln; und – sofern dieses Handeln erfolgreich ist – durch die Anerkennung von dritter Seite. Die Chancen der Anerkennung und des Erfolges wachsen, sofern die europäischen Länder untereinander und mit der Türkei übereinstimmen. Über den Beitritt der Türkei mag Europa, in eine weltpolitische Funktion hineinwachsend, eine Identität finden, die es ansonsten immer noch sucht.

Auch dabei können die elementaren sozialen Prozesse ihre Macht entfalten. Denn sie bewirken nicht nur, dass kulturelle Grenzen gezogen werden, sondern auch, dass diese sich auflösen. Voraussetzung dafür ist, dass die übergreifenden Übereinstimmungen stark genug sind, dass Interessen, Aufgaben, Feinde, Freunde, Distanz gegenüber gefährlichen Freunden geteilt werden. Das ist viel an Gemeinsamkeit, und das ist ausbaufähig. Daraus kann ein europäisches Wir-Gefühl werden – unter Einschluss der Türkei –, das es ohne die Türkei so nicht gäbe. Es folgt den Interessen, aber es weist darüber hinaus. Es ist schwächer als ein Nationalgefühl, aber stärker als eine Vergesellschaftung bloß über wirtschaftliche und politische Interessen.

Das hört sich an wie Begeisterung für die Möglichkeiten Europas. Aber wenn denn Begeisterung spürbar sein sollte – dann doch mehr noch für die Möglichkeiten der Soziologie.

Jürgen Kocka

Vermittlungsschwierigkeiten der Sozialwissenschaften

Es liegt keineswegs auf der Hand, dass die Sozialwissenschaftler besondere Schwierigkeiten haben, ihr Publikum zu erreichen. Viele von uns glauben das, und der Titel dieses Aufsatzes unterstellt es in gewisser Weise. Aber trifft es auch zu? Zunächst sei ausgeführt, in welcher Hinsicht die These von der besonderen Publikumsdistanz der Sozialwissenschaften¹ nicht zutrifft, sondern auf problematischen Beurteilungskriterien fußt, die ihrerseits „hinterfragt“ werden sollten. Dann seien Beobachtungen und Überlegungen vorgetragen, die das Verhältnis der Sozialwissenschaften zu ihrem Publikum tatsächlich als problematisch und verbesserungsbedürftig erscheinen lassen. Im Ergebnis erweist sich das Publikumsproblem der Sozialwissenschaften, soweit es besteht, als Problem ihrer inneren Verfassung.

Jürgen Kocka

Prof. Dr. Dr. h.c. mult., geb. 1941; Professor für Geschichte an der Freien Universität Berlin und Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin. kocka@wz-berlin.de <http://www.wz-berlin.de/wzb/praesident.de.htm>

Die Präsenz der Sozialwissenschaften

Jeder regelmäßige Beobachter von Nachrichten-, Magazin- und Diskussionssendungen des Fernsehens wie jeder aufmerksame Leser anspruchsvoller Presseerzeugnisse kann sich tagtäglich von der Dauerpräsenz einiger Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaftler in der medial gestalteten Öffentlichkeit überzeugen. Weil in Deutschland fast immer gewählt wird, stoßen Wahlforscher in der Regel auf mediales Interesse, und gerade jetzt – im

¹ Im vorliegenden Beitrag geht es um die Sozialwissenschaften im engeren Sinne, das heißt, die Wirtschaftswissenschaften werden hier ausgeklammert.

Sommer 2005 – riskieren einige von ihnen viel, denn so recht weiß ja niemand, wie der Souverän im September entscheiden wird. Verfassungsrechtler hatten als Autoren, Interviewpartner und Experten Hochkonjunktur, solange nicht eindeutig klar war, wie Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sich zur Strategie des Kanzlers stellen würden, durch ein bewusst herbeigeführtes Misstrauensvotum die Auflösung des Bundestags zu erreichen. Nicht einzelne Journalisten wie Frank Schirrmacher, sondern einzelne Sozialwissenschaftler wie Meinhard Miegel haben als erste vor den Folgen des demographischen Wandels gewarnt, wengleich die öffentliche Debatte darauf nicht ansprang. Mit der Schärfung des Bewusstseins von der bevorstehenden demographischen Krise finden Bevölkerungs- und Sozialwissenschaftler zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit.¹² Historisch arbeitende Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker haben bei Jahrestagen Hochkonjunktur, die allerdings – den medialen Gesetzen der Kurzatmigkeit folgend – nach dem „Abfeiern“ des jeweiligen Gedenktags schlagartig abbricht. Seltener sind die öffentlich bemerkten allgemeinen Zeitdiagnosen sozialwissenschaftlicher Autorinnen und Autoren geworden, doch auch sie fehlen nicht ganz; die Liste reicht von Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf über Wolf Lepenies und Ulrich Beck bis Claus Leggewie und Paul Nolte. Von Nachfrageschwankungen unberührt, melden sich Meinungsforscher und -forscherinnen regelmäßig publikumswirksam zu Wort, und zwar nicht nur mit neuen Ergebnissen zu allem Möglichen, sondern auch mit ehrgeizigen Interpretationen des Zeitgeistes und seiner Wandlungen. Und natürlich interessiert sich die Presse für die Ergebnisse der ersten quantitativen Analyse der sozialen Herkunft von im Westen aktiven Terroristen. Es ist sicherlich berichtenswert, dass ihre große Mehrheit zwar dem Islam angehört, aber nicht aus dessen Kernländern stammt, sondern in den westlichen Staaten geboren und aufgewachsen ist, denen ihre Anschläge gelten.¹³ Überhaupt

¹² Vgl. Meinhard Miegel, *Sicherheit im Alter. Plädoyer für die Weiterentwicklung unseres Rentensystems*, Bonn 1981; ders., *Die deformierte Gesellschaft*, Berlin 2002; Frank Schirrmacher, *Das Methusalem-Komplot*, München 2004. – Am besten jetzt Franz-Xaver Kaufmann, *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt/M. 2005; auch Paul Baltes, *Oma muss ran*, in: *Die Zeit*, 21/2005.
¹³ Vgl. Nikolas Busse, *In den Dschihad mit euro-päischem Pass*, in: *FAZ* vom 22. 7. 2005.

stammen die besten Analysen über die neue Art des Kriegs, über den Qualitätswandel der transnationalen Beziehungen und über Amerika als derzeit einziges Imperium von historisch informierten Politikwissenschaftlern, die ihr Publikum suchen und finden.¹⁴

Das sind nur einige Beispiele klar zuzurechnender öffentlicher Interventionen von sozialwissenschaftlicher Seite. Hinzu kommen die boomenden Branchen der sozialwissenschaftlichen Politikberatung und des sozialwissenschaftlich fundierten Consulting, die meist halböffentlich oder nichtöffentlich ablaufen, aber doch Beispiele dafür sind, dass sozialwissenschaftliches Wissen sein Publikum findet. Wenn man schließlich noch an die schwer zu fassende, aber verbreitete *indirekte* Diffusion sozialwissenschaftlichen Wissens denkt (auf die noch zurückzukommen sein wird), wird man mit der These, dass die Sozialwissenschaften vergeblich ihr Publikum suchen, sehr vorsichtig umgehen.

Gegen falsche Erwartungen

Es ist auch davor zu warnen, sozialwissenschaftliche Pioniersituationen oder Nachfrage-Hochzeiten allzu unbedenklich zum Vergleich heranzuziehen, um die Gegenwart daran zu messen und für zu leicht zu befinden. Als Disziplinen wie die Soziologie und die Politikwissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts und erneut in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, ruhte der Aufschwung der jeweiligen Forschung auf den Schultern einiger Pioniergestalten, die noch wenig professionalisiert waren und intellektuell-beruflich aus anderen Bereichen stammten. Sie mussten Generalisten und öffentliche Großdarsteller sein und waren es. In dem Maß, in dem die Professionalisierung der Fächer gelang, trat die Normalität an die Stelle der Ausnahmesituation; damit setzten sich Spezialisierung, Routine und tüchtiges Normalmaß durch. Dass die sechziger und siebziger Jahre – mit ihrer Mischung aus kultureller Traditionskritik und gesellschaftlichem Planungsoptimismus – aus den Sozialwissenschaften und besonders der Soziologie eine Art Leitwissenschaft mit herausragender öffentlicher Resonanz machten, ist unvergessen. Doch ist ebenso klar, dass sie diese Rolle nur

¹⁴ Zuletzt: Herfried Münkler, *Imperien*, Berlin 2005.

vorübergehend hatte; schon die achtziger Jahre waren nicht mehr davon geprägt.¹⁵

Schließlich sind das Recht und die Pflicht der Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, Forschung und Lehre nach ihren eigenen Regeln zu betreiben, nicht ernsthaft zu bestreiten. Nicht die Gesetzmäßigkeiten der Politik, des Journalismus, des Unterhaltungsbetriebs oder der Wirtschaft prägen diese, sondern jene der Wissenschaft, in je fachspezifischer Ausprägung. Dazu gehören das Streben nach zutreffender und begründeter Beschreibung und Erklärung der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit Hilfe spezifischer Verfahren empirischer Prüfung, in kritischer, im Prinzip nie beendeter Diskussion und mit häufiger Vertagung der Ergebnisfindung, dagegen kaum der politische Kompromiss oder die rasche Entscheidung unter Zeitdruck und unter Bedingungen begrenzter Information. Dazu gehören in aller Regel ein langer Atem und methodische Gründlichkeit statt Orientierung an der jeweiligen, schnell wechselnden Aktualität. Dazu gehört das Recht, innerhalb der Grenzen, welche die Gesetze, der gesellschaftliche Auftrag der jeweiligen Institution und die finanzielle Förderung setzen, über Inhalte und Methoden der eigenen Arbeit selbst zu entscheiden, und zwar individuell und kollegial. Dazu gehören Spezialisierung und Respekt vor den Grenzen der eigenen Kompetenz – mit der daraus folgenden Zurückhaltung gegenüber ungesicherten Aussagen darüber hinaus. Dazu gehört eine bunte Palette theoretischer Orientierungen und methodischer Verfahren oft sehr elaborierter Art, deren Verwendung in fachsprachlicher Kommunikation der Fachangehörigen untereinander erfolgt und damit für Außenstehende ein gewisses Maß an Unverständlichkeit implizieren kann. Dazu gehört auch der Sinn für Proportion. Nicht alles ist so neu oder so dramatisch in Gesellschaft, Kultur und Politik, wie es die um Aufmerksamkeit miteinander kämpfenden Medien bisweilen ausrufen. Der schrillen Überdramati-

¹⁵ Vgl. Peter Wagner, *Social Science and Social Planning During the 20th Century*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Discourses on Sociology. The Shaping of the Social Science Discipline. Yearbook in the Sociology of the Sciences*, Dordrecht 1990, S. 591–607; sowie Ralf Dahrendorf, *Über Grenzen. Lebenserinnerungen*, München 2002 (als Blick auf die Gründerjahre der Soziologie in der Bundesrepublik nach der Jahrhundertmitte).

sierung wirkt das sozialwissenschaftliche Argument oft ernüchternd entgegen, sehr zu Recht, aber nicht zur Freude des Feuilletons, das sich leicht damit langweilt und des Öfteren mit Nichtbeachtung reagiert.

Wissenschaftler, auch Sozialwissenschaftler, werden im Idealfall rekrutiert und ausgebildet, um ihre Wissenschaft im angedeuteten Sinn zu betreiben. Ihr Erfolg bemisst sich danach, wie weit ihnen dies gelingt. Ihr Erfolg oder Misserfolg wird in Verfahren des *peer review* (Bewertung eines Objekts oder Prozesses durch unabhängige Gutachter ähnlicher Qualifikation) konstatiert; die *fachwissenschaftliche* Öffentlichkeit ist deshalb für sie von zentraler Bedeutung.

Im Vergleich zu diesen Anforderungen und Leistungen ist die Fähigkeit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zur Kommunikation mit der Umwelt – z. B. die Fähigkeit zur Darstellung der eigenen Ergebnisse in der Form eines Zeitungsartikels, Interviews oder einer Talkshow – sekundär. Die Differenz zwischen dem Bereich Wissenschaft und den anderen Lebensgebieten (einschließlich der nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit) ist ein Konstruktionsprinzip unserer ausdifferenzierten Wirklichkeit und eine Bedingung wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit, wenngleich daraus auch ein Missverhältnis zwischen den an die Wissenschaft herangetragenen Erwartungen und den inneren Möglichkeiten ihrer Erfüllung resultieren kann. Wer über das Verhältnis zwischen den Sozialwissenschaften und ihrem Publikum nachdenkt, sollte all dies berücksichtigen, um nicht von den Wissenschaftlern mehr zu fordern, als sie erfüllen können und sollen.¹⁶

Wachsende Bedeutung der Öffentlichkeit

Doch machen das Recht auf Eigenständigkeit, die Verpflichtung auf eigene Regeln und die daraus folgende Distanz auch der Sozialwissenschaftler zum nichtfachwissenschaftlichen Publikum nur die eine Seite des Gesamtproblems aus. Die andere Seite besteht

– aus der – notwendigen, nicht selbstverständlich gesicherten – gesellschaftlichen Ein-

¹⁶ Vgl. dazu grundsätzlich, mit weiterer Literatur, Friedhelm Neidhardt, *Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit* (=WZB-Vorlesungen 3), Berlin 2002, bes. S. 5–6, 22–31.

bettung der Wissenschaften, die Anerkennung, aufwändige Unterstützung und Legitimität außerhalb ihrer selbst brauchen, um funktionieren zu können;

– aus der in den letzten Jahrzehnten eher zunehmenden Verflechtung zwischen Gesellschaft und Wissenschaft und

– aus der besonderen Dringlichkeit, die diese Problematik für die Sozialwissenschaften besitzt. Was bedeutet dies generell und besonders für den Publikumsbezug der Sozialwissenschaften?

„Die Bürger einer Gesellschaft unterstützen Wissenschaft auf Dauer nur in dem Maße, in dem diese ihre Sinn- und Nutzenerwartungen hinreichend befriedigt. Das setzt bei den Institutionen der Wissenschaft voraus, dass sie das ihnen verliehene Mandat zur Selbststeuerung nicht als Recht auf akademischen Autismus interpretieren dürfen. Die Entwicklung und Sicherung von Ausdifferenzierung erfordert im Gegenzug eine Institutionalisierung integrativer Mechanismen – ein Erfordernis, das im Falle der Ökonomie dazu geführt hat, den frühen Manchesterkapitalismus in Richtung auf die so genannte ‚soziale Marktwirtschaft‘ zu korrigieren. Am Beispiel der Ökonomie lässt sich aber auch erkennen, dass die Dialektik von Ausdifferenzierung und Integration ein Balanceakt ist, der nach zwei Seiten hin misslingen kann. Ausdifferenzierung darf nicht als Desintegration vonstatten gehen, Integration aber auch nicht auf Entdifferenzierung hinauslaufen. Auch im Falle von Wissenschaft gilt es, zwischen Entfremdung und Überfremdung ein Gleichgewicht herzustellen, in dem die wechselseitigen Erwartungen wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Akteure gegenseitige Anerkennung finden können.“¹⁷

Diese allgemeine Problematik verschärft sich in den letzten Jahren. Wie die Wissenschaft für die Gesellschaft an Bedeutung weiter gewonnen hat (die Rede von der „Wissengesellschaft“ weist darauf hin), dringt die Gesellschaft heute intensiver und vielfältiger in das Teilsystem Wissenschaft ein als früher. Zwar ist fraglich, ob der Wissenschaft heute mehr gesellschaftliches Misstrauen entgegenschlägt als früher – Wissenschaftsskepsis und Wissenschaftskritik waren auch in zurückliegenden

Jahrzehnten mächtig. Aber zweifellos sieht sich die Wissenschaft heute mit ausgeprägten Forderungen nach gesellschaftlicher Rechenschaftslegung konfrontiert, wird das herkömmliche Verhältnis von Experten und Laien vielfach in Frage gestellt, dringt außerwissenschaftliche Öffentlichkeit über Ansprüche auf Teilhabe am „agenda setting“ und an der Evaluation unmittelbar in die Wissenschaft ein, ist die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit für wissenschaftliche Erfolge und Misserfolge der Einzelnen sehr wichtig geworden, hängen diese immer häufiger überdies von Marktprozessen statt von staatlicher Alimentierung ab, und all dies viel stärker als noch vor wenigen Jahrzehnten. Im eigenen Interesse hat die Wissenschaft und haben die Wissenschaftler sich darauf einzustellen, u. a. durch veränderten Umgang mit Öffentlichkeit und durch bewusste Strategien der Selbstdarstellung.¹⁸

Diese allgemeine Problematik scheint bisher für die Sozialwissenschaften weniger gründlich durchdacht worden zu sein als für die heute im Brennpunkt öffentlicher Diskussionen stehenden Technik-, Lebens- und Naturwissenschaften.¹⁹ Doch stellt sie sich für die Sozialwissenschaften in besonderer Form und mit besonderer Dringlichkeit, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens: Seit jeher ist das Verhältnis von Gesellschaft und Sozialwissenschaften durch besondere Affinität geprägt, stärker als es für das Verhältnis von Gesellschaft und Naturwissenschaften gilt. Vieles in den Sozialwissenschaften entstand und entwickelte sich als moderne Ant-

¹⁸ Vgl. Michael Gibbons u. a., *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*, London 1994; Ulrike Felt/Helga Nowotny (Hrsg.), *Social Studies of Science in an International Perspective*, IWTF 1994; Meinolf Dierkes/Claudia von Grote (Hrsg.), *Between Understanding and Trust: the Public, Science, and Technology*, Berkshire 1998; Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist (Velbrück) 2001; Helga Nowotny u. a., *Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit*, Weilerswist (Velbrück) 2004.

¹⁹ Vgl. aber, auch zum Folgenden, Ulrike Felt, *Die „unsichtbaren“ Sozialwissenschaften: Zur Problematik der Positionierung sozialwissenschaftlichen Wissens im öffentlichen Raum*, in: Christian Fleck (Hrsg.), *Soziologische und historische Analysen der Sozialwissenschaften (= Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderbd. 5)*, 2000, S. 177–212.

¹⁷ Ebd. S. 6.

wort auf gesellschaftliche Probleme, sei es in emanzipatorischer, sei es in stabilisierender, sei es in reparierend-verbessernder oder sonstiger Absicht: von den Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts über die „soziale Frage“ des 19. bis zur Planung des Interventionsstaats im 20. Jahrhundert und bis zu vielfältigen sozialwissenschaftlichen Antworten auf unterschiedliche Fragen, Probleme und Krisen heute.¹⁰ Die hohen Erwartungen an die Kraft der Sozialwissenschaften zur Lösung gesellschaftlicher Probleme sind immer wieder enttäuscht worden, sind in Kontroversen und Misserfolgen versandet und dürften heute weniger ausgeprägt sein als vor dreißig, hundert oder hundertfünfzig Jahren. Doch sie bestehen nach wie vor, und nicht ohne Grund: Moderne Gesellschaften hängen von sozialwissenschaftlicher Selbstberatung und Selbstaufklärung im Innersten ab, wenn auch die Selbstberatung nicht nur über Öffentlichkeit geschieht und öffentliche Aufklärung durch Sozialwissenschaft heute eher dialogisch verstanden und medial anders gestaltet werden muss als früher. Insofern besteht für die Sozialwissenschaften eine besondere Verpflichtung zum Öffentlichkeitsbezug, mit der andere Wissenschaften nicht konfrontiert sind. Die besten, produktivsten Sozialwissenschaftler haben dem auch immer Rechnung getragen und tun dies auch heute. Sie verstehen ihr Fach und wissen auch, es öffentlich darzustellen. Dagegen ist strikte innerdisziplinäre Spezialisierung oft ein Ausdruck der Defensive.

Zweitens: Zugleich muss man daran erinnern, dass die meisten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler kein Monopol auf die Bereitstellung und Vermittlung des Wissens besitzen, für das sie spezifisch zuständig sind. In Bezug auf die meisten von Sozialwissenschaftlern diskutierten Probleme – von wirtschaftlichem Wachstum über soziale Ungleichheit, Verfassungsstrukturen und historische Erfahrungen bis hin zu Problemen der nächsten Wahl, des letzten Kriegs oder der Globalisierung im Ganzen – besteht erhebliches Wissen auch außerhalb der sozialwissenschaftlichen Disziplinen, besteht „Volkswissen“ ohne direkte Abhängigkeit von Experten. Es ist unübersehbar, „dass ‚Laienkommunikation und Alltagstheorien‘ in diesen Zusammenhängen eine ganz andere Art der Legitimität einfordern und beanspruchen können

¹⁰ Vgl. Peter Wagner, *The Uses of the Social Sciences*, in: ders. u. a. (Anm. 2), S. 537–52; als Fallbeispiel Eckart Pankoke, *Sociale Frage – Sociale Bewegung – Sociale Politik*, Stuttgart 1970.

als etwa in den Naturwissenschaften. Eine weitere Öffentlichkeit kann sich also durchaus für kompetent halten, an der Diskussion sozialwissenschaftlicher Fragen teilzunehmen.“¹¹ Daraus folgt mindestens zweierlei.

Zum einen erklärt sich, warum viele sozialwissenschaftlich produzierte Einsichten nicht als Ergebnisse und Thesen spezifischer Experten, also oft nicht in Wissenschaftlerinterviews oder -zitate und meist nicht durch darauf spezialisierte Wissenschaftsjournalisten (die ja in der Regel nicht auf Sozialwissenschaften spezialisiert sind) vermittelt werden, sondern oft indirekt und „unsichtbar“ diffundieren, nämlich integriert in die Aussagen nichtspezialisierter Journalisten, öffentlich argumentierender Politiker oder auch als Teil pädagogischer Anstrengungen. Die Verbreitung sozialwissenschaftlicher Einsichten ist besonders diffus, erlaubt oft keine spezifische Zurechnung zu namentlich bekannten professionellen Produzenten, zumal sozialwissenschaftliche Ergebnisse selten die Form neuer Entdeckungen oder klar identifizierbarer „Produkte“, vielmehr häufig die Form von Interpretationen, Erklärungen und Deutungen haben. Sozialwissenschaftliche Einsichten dürften deshalb weiter verbreitet und öffentlich wirksamer sein, als es die statistische Auszählung von einschlägigen Zitaten und spezialisierten Berichten ergibt.¹²

Zum anderen wird klar, dass die gegenseitige Durchdringung von Gesellschaft und Wissenschaft – als Teilaspekt davon: die gegenseitige Durchdringung von Öffentlichkeit und Wissenschaft – im Fall der Sozialwissenschaften besondere Brisanz besitzt. Daraus folgt, dass sich die Sozialwissenschaften dem Problem ihres Öffentlichkeitsbezugs mit besonderem Interesse und besonderer Dringlichkeit widmen müssten, und zwar, wie mir scheint, eher offensiv und auf Öffentlichkeit zugehend als defensiv und nach Grenzziehungen suchend, die nach aller Erfahrung doch nicht zu befestigen sind.¹³

¹¹ U. Felt (Anm. 9), S. 201.

¹² Vgl. genauer dazu U. Felt (Anm. 9), S. 188, 194 f.; sie verweist auf Hartmut Weßler, *Verschlungene Pfade*, Presse: Deutschland 1993–1995, in: *Relationen*, (1997) 4, S. 117–148. Vgl. bereits Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hrsg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*, Frankfurt/M. 1989.

¹³ Vgl. zu den besonderen Schwierigkeiten der „Grenzziehungsarbeit“ (zwischen wissenschaftlichem

Den Balanceakt neu justieren

Die Professionalisierung der Sozialwissenschaften ist in den letzten Jahrzehnten kräftig vorangeschritten. Als Konsequenz hat nicht nur die innere Spezialisierung, bisweilen Fragmentierung der Soziologie und Politikwissenschaft erheblich zugenommen, auch die Selbstreferentialität sozialwissenschaftlicher Arbeit ist heute ausgeprägter denn je, d. h. die Orientierung der Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen an der Rezeption und am Urteil der engsten Fachgenossen, die Abhängigkeit ihrer Karrieren von innerwissenschaftlicher Evaluation disziplinären Zuschnitts sowie eine gewisse Gleichgültigkeit nicht nur gegenüber dem inneren Zusammenhang der Sozialwissenschaften insgesamt, sondern auch gegenüber den großen gesellschaftlichen Problemen der Zeit, auf die sich die eigene hoch spezialisierte Forschung oft nur noch schwer beziehen lässt. Viele Sozialwissenschaftler – besonders wenn sie ausschließlich forschen und nicht gleichzeitig lehren – sehen sich als Produzenten hoch spezialisierter sozialwissenschaftlichen Wissens über enge Teilgebiete, dessen Deutung, Einordnung und Vermittlung über den disziplinären Kontext hinaus sie gern anderen, nämlich spezialisierten Vermittlern, überlassen wollen, statt diese Vermittlung als Teil der eigenen wissenschaftlichen Arbeit zu begreifen. Entsprechend gering ist ihr Interesse an gekonnter, geschmeidiger sprachlicher Fassung anstehender Probleme. Entsprechend kleinschrittig wirkt ihre Arbeit. Entsprechend unbeachtet bleiben am Ende ihre Ergebnisse.

Die Professionalisierung der Sozialwissenschaften hat deren Beschreibungs- und Erklärungsfähigkeit zweifellos erhöht. Sie ist Triebkraft und Ausdruck ihres Erfolges. Es wäre unsinnig und überdies vergeblich, sie zurückdrehen zu wollen. Aber im Licht der in den letzten Abschnitten geschilderten Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft und angesichts der besonderen Situation, in der sich die Sozialwissenschaften befinden, ist es an der Zeit, den „Balanceakt“

und sonstigem Wissen) im Fall der Sozialwissenschaften noch einmal U. Felt (Anm. 9), S. 199–202; im Anschluss an Thomas F. Gieryn, *Boundaries of Sciences*, in: Sheila Jasanoff u. a. (Hrsg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, Thousand Oaks–London–New Delhi 1995, S. 393–443.

(Friedhelm Neidhardt)¹⁴ neu zu justieren, den die Sozialwissenschaften zwischen professioneller Ausdifferenzierung und gesellschaftlicher Integration zu leisten haben, und zwar in Richtung stärkerer Integration. Dazu dürfte gehören, dass Sozialwissenschaftler den eigenen Publikumsbezug ernster nehmen und ihre Resonanz über die Fachöffentlichkeit hinaus als ein Erfolgskriterium akzeptieren. Dabei geht es weniger um die Teilnahme an den in Mode gekommenen „Langen Nächten der Wissenschaft“ und anderen Anstrengungen des „Public Understanding of Science“, die gezielter Öffentlichkeitsarbeit im Interesse von Legitimitätsbeschaffung dienen. Auch unterscheiden sich, wie gesagt, Wissenschaftler hinsichtlich ihrer Neigung und Fähigkeit zum Auftritt in öffentlichen Medien mit gutem Recht von Journalisten. Die Vertreterinnen und Vertreter beider Sparten haben unterschiedliche Aufgaben, und nur in wenigen Glücksfällen gelingt die Verknüpfung auf Zeit. Zu Recht werden sich wissenschaftliche Argumentationen eher als Widerlager statt als Verdoppelung der oft ganz anders gearteten journalistischen Argumentationen verstehen.

Aber wenn die Einsicht in die innere Verflechtung von Gesellschaft und Sozialwissenschaften ernst genommen wird, hat sie zur Folge, dass die Integration der jeweils verfolgten Fragestellungen und der jeweils erzielten Ergebnisse in breitere, auch praktische, vielleicht auch historische Zusammenhänge als Teil der Aufgabe des Sozialwissenschaftlers verstanden und nicht zuletzt durch verschiedene Formen des Dialogs mit dem Publikum realisiert wird. Dies liegt nicht nur im Interesse größerer Geltung und Wirkung der Sozialwissenschaften. Der offensive Bezug auf große Fragen der Gegenwart und damit die unterschiedene Öffentlichkeitsorientierung dürften überdies den einzig wirklich begehren Weg eröffnen, der inneren Fragmentierung der Disziplinen und ihrem Rückzug in Teilgebiete entgegenzuwirken, ihre intellektuelle Substanz zu erhöhen und die Erkenntnischancen zu nutzen, die in der Verknüpfung unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Ansätze liegen. In diesem Sinn ist Publikumsbezug ein Kernbestandteil guter sozialwissenschaftlicher Praxis.

¹⁴ Vgl. Anm. 6, S. 3.

Soziologie – Gegenwart und Zukunft einer Wissenschaft

Seit einigen Jahren werden wieder einmal Anstrengungen unternommen, die deutsche Universität zu reformieren. Den Bemühungen sind Diskussionen über Sinn und Zweck von Wissenschaft und entsprechende Beschlüsse auf nationaler und transnationaler Ebene vorausgegangen. Dem muss sich auch

Sascha Liebermann

Dr. phil., geb. 1967; wissenschaftlicher Assistent an der Universität Dortmund, Otto-Hahn-Str. 4, 44221 Dortmund; Vorstand des Instituts für hermeneutische Sozial- und Kulturforschung e. V. in Frankfurt/M. sascha.liebermann@udo.edu

Thomas Loer

PD, Dr. phil., geb. 1961; Vertretungsprofessor für Soziologie und Sozialpädagogik an der Universität Duisburg-Essen, Universitätsstr. 12, 45117 Essen; Privatdozent an der Universität Dortmund; Herausgeber von „sozialer sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung“. thomas.loer@udo.edu

Angesichts der Reformvorhaben und der bereits durchgeführten Reformen hat es zwar Kritik an politischen Entscheidungen – wie sie etwa in den Stellungnahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zum Ausdruck kommt –, aber kaum Protest gegeben. Dieser ist selbst in den Universitäten gering geblieben. Von einer Formierung zum Wider-

stand kann schon gar nicht die Rede sein, auch wenn in jüngerer Zeit die Stimmen derer lauter geworden sind, welche die Möglichkeit von Wissenschaft durch die Reformen in Frage gestellt sehen.¹ Die Umgestaltung der Universität stößt zwar nicht auf große Gegenliebe, aber Alternativen wurden in der Fachöffentlichkeit kaum erörtert. Ein starker Gegenvorschlag von Seiten der Universitäten liegt nicht vor.² Statt die Folgen von Juniorprofessuren, von denen Großes erwartet wird, und von Bachelor (BA)/Magister(MA)-Studiengängen überhaupt erst einmal zu diskutieren, sind diese schon eingeführt worden. „Modernisierung“ lautet das Schlagwort, mit dem alter, nicht mehr zeitgemäßer Geist vertrieben werden soll. Doch schüttet man das Kind nicht mit dem Bade aus? Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was eine Wissenschaft zur Wissenschaft macht, wovon sie lebt und woran sie zugrunde gehen kann.

Für Kritik und Anmerkungen danken wir Ute Fischer (Dortmund), Christel Gärtner und Lorenz Rumpf (Frankfurt) sowie Stefan Heckel (Rösrath).

¹ Auf dem 32. deutschen Soziologentag im Oktober 2004 in München fand eine Podiumsdiskussion mit Hartmut Esser und Ulrich Oevermann zu den in diesem Beitrag behandelten Fragen statt. Eine frühere Fassung diente zur Vorbereitung der Diskussion, vgl. Sascha Liebermann/Thomas Loer, Zum Selbstverständnis der Soziologie als Wissenschaft. Anmerkungen zu ihrer Schwäche und Überlegungen zu ihrer Stärkung, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Soziale Gleichheit – kulturelle Unterschiede, Frankfurt/M. 2005 (i. E.).

² Vgl. z. B. Jürgen Mittelstraß, Universität und Universalität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 1. 2004, S. 8; Ulrich Oevermann, Wissenschaft als Beruf, in: die hochschule. journal für wissenschaft und bildung, Heft 1, Halle-Wittenberg 2005, S. 15–51; Deutscher Hochschulverband, Organisation und Leitung der Universität – Positionspapier des Deutschen Hochschulverbandes, November 2003; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu einem Wissenschaftstarifvertrag und zur Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter, 30. 1. 2004; Peter J. Brenner, Die Idee der Universität. Eine Streitschrift, in: Universitas, 59 (2004) 4, S. 377–391; Arnd Morkel, Die Universität muß sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Erneuerung, Darmstadt 2000.

³ Die Notwendigkeit hierzu hat schon A. Morkel (Anm. 2) sinnfällig im Titel seines Buches zum Ausdruck gebracht. Darin erkennt er zweierlei an: Selbstverständlich ist es die Politik, die Reformen eröffnen muss. Doch gute Reformen leben davon, dass Problemlagen klar artikuliert werden, dass aber zugleich der Sache abträgliche Reformen benannt und verhindert werden. Dies muss aus den Universitäten selbst heraus geschehen, denn nur wer forscht und lehrt, kann deren Probleme bestimmen und Lösungen entwerfen.

Wissenschaft durch Kritik

Zum Kern von Wissenschaft gehört Kritik, die keine Tabus kennt. Sie ist der Lebensquell einer jeden Wissenschaft. Es gilt, Schlussfolgerungen transparent zu machen sowie plausible Argumente auf ihre Geltungsbasis hin zu überprüfen. Kritik erfordert und ermöglicht, Distanz zu praktischen Urteilen und Vorlieben zu nehmen, zu lieb gewonnenen Thesen.

Kritik ist kein Privileg der Soziologie oder der Geisteswissenschaften,¹⁴ sondern macht jede Wissenschaft im Innersten aus. Wissenschaft tritt immer mit Verallgemeinerungsanspruch auf, interessiert sich in erster Linie für das Allgemeine, das sie auch im Besonderen sucht. Aber jedes Besondere, das die Geltung des Allgemeinen in Frage stellt, reicht aus, um eine Theorie zum Einsturz zu bringen. Wir können im strengen Sinne sagen: Wo keine Kritik erfolgt, da ist auch keine Wissenschaft, dort erfolgt keine Überprüfung von Schlussfolgerungen und Theorien. Kritik steht also im Zentrum der Soziologie als Wissenschaft; dazu gehört sowohl die methodische Kritik von Alltagswissen, als auch die von wissenschaftlichen Annahmen, Überzeugungen und Erklärungsmodellen.

Wie ist es um diese unerlässliche Kritik bestellt? Sie sollte nicht nur in wissenschaftlichen Publikationen, sondern auch auf Tagungen möglich sein. Das Zeitregime solcher Veranstaltungen ist jedoch sehr rigide. Lassen schon Vorträge von zwanzig Minuten kaum Spielraum, ein Problem angemessen darzulegen, so verhindern Diskussionszeiten von zehn, gar nur fünf Minuten eine Auseinandersetzung mit einer Forschungsfrage vollends.

¹⁴ Dirk Kaesler erhebt nicht nur diesen Anspruch, er leitet daraus auch einen Auftrag ab, wenn er schreibt: „Diese Wissenschaft, dem Projekt Aufklärung verpflichtet, will dazu beitragen, den Menschen informierte Einsicht in ihre gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu vermitteln und ihnen dadurch die Möglichkeit zu eröffnen, sich gegen ihre Entmündigung durch über-individuelle Zusammenhänge zu wehren.“ Vgl. Dirk Kaesler, Perspektiven einer zukünftigen Soziologie, in: *Soziologie*, 32 (2003) 3, S. 6–14, hier: S. 8. Den Zweck der Wissenschaft darin zu erkennen erhebt sie zu einem Helfer der Praxis, der sie so nicht sein kann. Kaesler vermerkt damit die Aufgabe von Wissenschaft mit der des in die politische Öffentlichkeit hineinwirkenden Bürgers, der als Intellektueller über Gegenwart und Zukunft seines Gemeinwesens rasoniert.

Dabei könnte kollegiale Kritik sich zum Wohle des Fortschritts der Wissenschaft entfalten. Sie macht es zudem auch dem interessierten Laien möglich, sich am wissenschaftlichen Streit zu beteiligen, wodurch er wie selbstverständlich auf die Logik des Arguments verpflichtet wird. Wenn die Kollegialität lebendig ist, bedarf es zur Einhaltung wissenschaftlicher Regeln auch keiner aufwendigen Kontrollen und Evaluationen.

Wird auf Tagungen diese Kultur der Kritik nicht mehr gepflegt, geraten sie in Gefahr, sich in Instrumente einer „Karrierpolitik“ zu verwandeln: zur Plattform für Auftritte, um bekannt zu werden.¹⁵ Dies hat eine gewisse Beliebigkeit befördert: Der Verpflichtung zur Kritik wird etwa mit dem Hinweis ausgewichen, man gehöre einer anderen Schule an. Die Logik des Arguments, die für die Wissenschaft der *bed-rock* ist – der harte Grund auf dem sie ruht und in dem sie sich entfaltet –, wird geschwächt. Doch allein diese Logik schützt vor der Abwehr von Argumenten, die mit Berufung auf Hierarchien oder Statuspositionen Fragen bereits im Keim erstickt. Nur ein ausgeführtes Argument macht seine eigene Geltungsbasis transparent, fordert dazu auf, diese zu prüfen. Wer argumentiert, macht sich angreifbar, denn er unterwirft sich einem Maßstab: der Stimmigkeit eines Arguments und seiner Angemessenheit an die Sache. Unvoreingenommene Kritik ist also das Gegenstück zur Logik des Arguments; sie fordert Argumentation ein.

Unabdingbar gehört zur Kritik auch die Aufgeschlossenheit für Vermutungen, die Bereitschaft dazu, müßig dem Erkunden des Unbekannten nachzugehen. Dort, wo ein Argument erst im Entstehen begriffen ist, muss es mäeutisch, „geburtshelferisch“ also, gefördert werden. Erst so erhält es die Chance, sich zu

¹⁵ Folgt man den Ausführungen von Jo Reichertz, wonach eine „Karrierpolitik“ in Zukunft von immer größerer Bedeutung für das Fortkommen des Wissenschaftlers sein werde, so bleibt nur die Schlussfolgerung, das Ideal der Wahrheitssuche in der Logik des besseren Arguments aufzugeben. Mit dieser Behauptung wird aus der Not einer Selbstszenierung zu Karrierezwecken eine Tugend gemacht – eine solche Position zieht sich selbst den Boden unter den Füßen weg; vgl. J. Reichertz, An die Spitze. Neue Mikropolitiken der universitären Karriereplanung von Sozialwissenschaftlern/innen, in: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 5 (2004) 2, (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04reichertz-d.htm>).

einem tragfähigen Argument zu entwickeln, das dann wieder in der Kritik bestehen muss.

Forschung und Lehre

Wenn Argumentation und Kritik die Kernbestandteile der Logik von Wissenschaft im Allgemeinen sind, wie ist es dann vor diesem Hintergrund um die organisatorischen Ausformungen von Wissenschaft in den deutschen Universitäten bestellt?

Die Verfasstheit der Soziologie an der Universität bemisst sich wesentlich daran, ob Forschung und Lehre miteinander in ständigem Austausch stehen.¹⁶ Streit in der Logik des Arguments ist ja nur dort möglich, wo es einen Gegenstand gibt, an dem dieser sich entspinnt, der auch Gradmesser für die Angemessenheit der Argumente ist. Methodische Kritik muss explizit, geregelt und nachvollziehbar erfolgen. Methoden, für eine Wissenschaft unerlässlich, sind ja nichts anderes als der Weg zum Gegenstand.

Soll mittels einer Methode ein Gegenstand analysiert werden, muss sie sich nach diesem richten, dessen Struktur folgen. Diese Rückbindung an den Gegenstand erlaubt ein Urteil darüber, ob eine Methode angemessen ist. Methoden können schon aus diesem Grunde nicht unabhängig von dem gelehrt werden, was sie analysieren sollen. Ihre Verbindung zur Forschung muss in der Lehre deutlich werden, da sonst auf die Vermittlung von Ergebnissen reduziert wird.

Es hat sich ein Verständnis von Methoden ausgebreitet, das diese als Werkzeuge begreift; das Streben nach einer Anwendungsorientierung der Soziologie mag hierzu seinen Beitrag ebenso geleistet haben wie der Hang zum Pluralismus in der Wissenschaft. Die Soziologie begreift sich immer weniger als *Wis-*

¹⁶ Hier ist Hans Ulrich Gumbrecht zuzustimmen, der ausführt: „Die Lehre soll an der Front der Forschung stehen. Es ist ein ganz profunder pädagogischer Grundsatz, dass sich die Lehre vor allem mit nicht gelösten und unklaren Fragen beschäftigen soll. Es dürfen eben nicht nur fertige Erkenntnisse präsentiert werden. Das gilt sowohl für das Seminar, aber auch für die Vorlesung.“ Vgl. Hans Ulrich Gumbrecht/Michael Kaiser, *Stanford is a monastic place*, in: *zeitenblicke*, 4 (2005) 1; Interview mit Hans Ulrich Gumbrecht, in: <http://www.zeitenblicke.historicum.net/2005/1/interview/>.

senschaft. Stattdessen versucht sie durch Verweis auf ihren *Nutzen* zu zeigen, dass sie zu Recht alimentiert wird. Wissenschaft als Wissenschaft wird aber unabhängig davon betrieben, ob sie einen unmittelbar verwertbaren Zweck hat. Alimentiert wird sie, damit sie von den Anforderungen der Praxis unabhängig ist und diese Freiheit zur Gewinnung von Erkenntnis nutzen kann. Je radikaler sie das tut, desto mehr wird die Gemeinschaft von ihr haben, und zwar in Gestalt von Erkenntnissen, die rezipiert werden können. Dies kann und muss Studenten dadurch erfahrbar gemacht werden, dass sie schon in der Lehre an der Forschung teilhaben, dass sie lebendig und nachhaltig zum Mit- und Nach-Denken bewegt werden.

Die Soziologie ist zuallererst ein wissenschaftliches Studium, das diejenigen Studenten anziehen und fördern muss, die diesem Zweck zu folgen bereit sind. Es bedarf jener Studenten, die sich gern auf etwas Unbekanntes einlassen, dessen Ausgang sie naturgemäß nicht überschauen können. Dementsprechend gilt es, auch in den Lehrveranstaltungen Neugierde und Offenheit für Unbekanntes zu fördern. Sie müssen die Erfahrung ermöglichen, ein Handlungsproblem zu rekonstruieren und an ihm die Erklärungskraft einer Theorie zu ermesen. Aneignung von Theorien muss mehr sein als ein Auswendiglernen von Konzepten und Sprachspielen. Dies ist nur möglich, wenn das Handlungsproblem, das sie aufschließen wollen, unvoreingenommen expliziert wird.

Studium als Krise, Lehre als ihre Ermöglichung

Das Studium einer Wissenschaft ist grundlegend krisenhaft, da die Bereitschaft zur Infragestellung bewährter Überzeugungen erworben werden muss. Die Routinen der Praxis, selbstverständliche Deutungen der Welt auf Distanz zu bringen und ihre Strukturlogik zu rekonstruieren, ist mühselig. Am Ende des Studiums müssen die Studenten als Soziologen in der Lage sein, diese Haltung wie selbstverständlich einzunehmen, wenn es um die aufschließende Erkenntnis von Sozialgebilden geht. Das Studium der Soziologie besteht nicht in der „Wissensvermittlung“ oder dem Aneignen eines „Stoffs“, der schon fertig vorliegt. Weil die Überzeugungen, die einen Wissenschaftler in der Praxis leiten, auf Dis-

tanz gebracht werden müssen, stellt es sich eher als eine dauerhafte Krise dar. Was als bekannt gilt, ist damit noch nicht erkannt, wie Hegel es formulierte, im Erkennen aber besteht der Zweck der Wissenschaft. Dafür – um das Erkennen einzuüben – ist die Haltung, in der das geschieht, entscheidend, nicht der Gegenstand, an dem dies geschieht.

Diese Erfahrung zu vermitteln, Erklärungsprobleme lebendig zur Anschauung zu bringen, vermag nur jemand, der selbst forscht. Forschungserfahrung erlaubt es, Erklärungsprobleme als solche zu erkennen und zu entfalten, nur sie erlaubt es, den Stellenwert von innerdisziplinären Diskussionen einzuschätzen, aufschlussreiche von abwegigen zu unterscheiden. Gerade die das Studium konstituierende Offenheit ist also eingebunden in eine Asymmetrie, auf welcher der Lehrende beharren muss. Angesichts der Bestrebungen, Evaluationen von Lehrveranstaltungen durch Studenten durchzuführen und das Gelingen einer Veranstaltung an ihr Urteil zu binden, muss auf diese Voraussetzungen von Forschung und Lehre hingewiesen werden. Denn da sich demgemäß eine Evaluation der Lehre durch die Studenten nun nicht auf die Inhalte beziehen kann, bleibt nur die Präsentation als solche zur Bewertung übrig.

Dem fügt sich die Tendenz, die Präsentation, die vermittelnde Technik von der Sache abzulösen, was einer Verselbständigung der Routine gegenüber der notwendigen Krise im Studium gleichkommt: Die Präsentation tritt an die Stelle der Sache. Ein kollegialer kritischer Erfahrungsaustausch der Lehrenden in den Abteilungen und Instituten der Universitäten könnte demgegenüber eine sinnvolle „Evaluation“ darstellen, welche die Lehre im ausgeführten Sinne fördert.

Da die Lebendigkeit der Lehre von der Forschungserfahrung des Dozenten abhängt, wird eine Teilhabe an Forschung seit einiger Zeit in so genannten Lehrforschungsprojekten angestrebt. Die Bezeichnung verweist schon auf Schwierigkeiten, wird doch ein Lehrforschungsprojekt im Rahmen einer Lehrveranstaltung durchgeführt. Dies erfordert, die Forschungsfrage so zuzuschneiden, dass sie im Laufe von ein bis zwei Semestern auch bearbeitet werden kann. Es ist jedoch in keiner Weise abzusehen, wann eine Forschungsfrage soweit bearbeitet ist, dass trag-

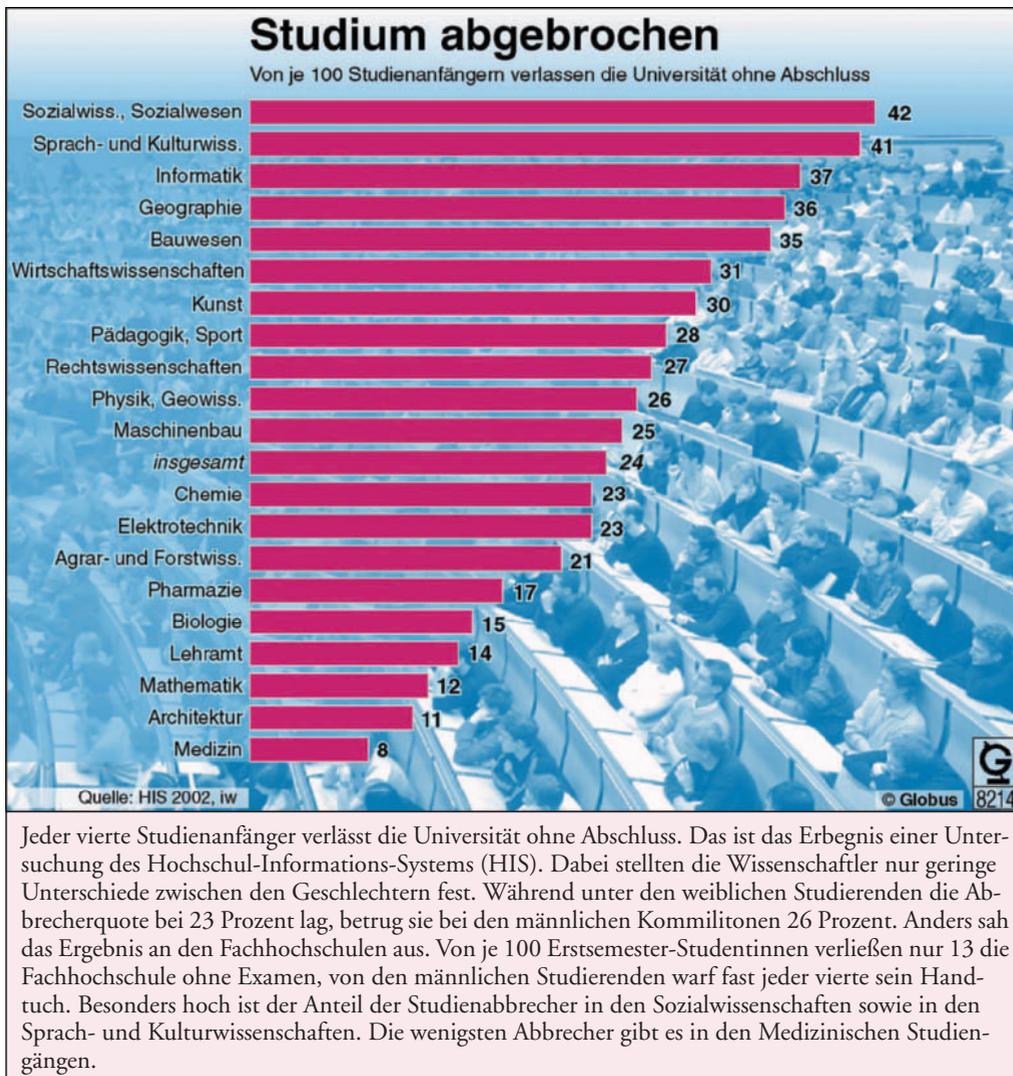
fähige Erkenntnisse vorliegen werden. Vor diesem Problem stehen auch alle Forschungsprojekte, die zeitlich befristet gefördert werden: die Drittmittelprojekte.¹⁷ Lehrforschungsprojekte sind also ein von vornherein eingeschränktes Modell von Forschung, wird dabei doch nicht die Erfahrung gemacht, dass genuine Forschung davon lebt, Problemen und Fragen unbefristet, müßig nachzuspüren. Diese Offenheit und Unabgeschlossenheit des Forschens wird für die Studenten also nur noch dort authentisch erfahrbar, wo die eigene Forschung des Lehrenden in der Lehre durchscheint.

Studienabbruch – Versagen oder Erfolg?

Ein gewichtiges Ziel der Universitätsreform wird u. a. darin gesehen, die Zahl der Studienabbrecher zu verringern. Dass eine große Zahl von Studenten sich nicht aus Neugierde und Erkundungsgeist für einen Studienplatz bewirbt, ist kein Geheimnis.¹⁸ Wer sich für das Studienfach Soziologie entscheidet, muss jedoch eine besonders große Bereitschaft besitzen, sich auf das Unerwartete einzulassen. In einer lebendigen Universität erfährt man dies schon im ersten Semester: als Verantwortungszumutung, als Appell, Argumente nicht auswendig zu lernen – wenn dies überhaupt möglich ist –, sondern sie zu begreifen. *Selbstständigkeit* ist eine der wesentlichen Zumutungen des Studiums, sie wird von ausländischen Studenten am deutschen Studiensystem besonders geschätzt. Geht man realistisch davon aus, dass nur wenige Studenten aus Neugierde und echtem Interesse ein Studium aufnehmen, ein größerer Teil sich über die eigenen Interessen nicht im Klaren ist und ein ebenso großer Teil mit der Entscheidung für das Studium zum einen lebenspraktischen Entscheidungen ausweicht, zum anderen vor

¹⁷ Dass diese Befristung nun über Juniorprofessuren und Professuren auf Zeit auch die mit einer normalen Professur verbundene Entlastung zu zersetzen droht, wird – angesichts des öffentlichen Drucks womöglich aus Angst, als Besitzstandswahrer verschrien zu werden – von den Betroffenen ebenfalls nahezu widerstandslos hingenommen.

¹⁸ Auch neugierige Studenten geben ihr Studium auf, weil sie im gegenwärtigen Universitätsbetrieb zu wenig an Forschung teilhaben können. Studenten, die neugierig und interessiert sind, werden sich vor einem Abbruch jedoch meist bemüht haben, begeisternde Professoren zu finden, die Forschung und Lehre selbstverständlich miteinander verbinden.



Grafik von der Redaktion ausgewählt.

einem unsicheren Arbeitsmarkt flüchtet, haben wir schon ein transparentes Zusammenspiel verschiedener Momente, die für den Studienabbruch relevant sind.¹⁹

Die Bachelor-Abschlüsse sollen dieser Entwicklung entgegenwirken. Denjenigen, die ihr Studium abbrechen, weil sie erkannt haben, dass es für sie nicht das Richtige ist, wird damit allerdings nahe gelegt, doch weiterzumachen: bis zum Bachelor. Wenn Studienabbrüche primär als Problem und Ergebnis schlechter universitärer Studienorganisation gesehen werden, hat das vor allem damit

¹⁹ Diese aufzudecken und weiter aufzuklären wäre eine wichtige Aufgabe der Soziologie.

zu tun, dass Erfolge einer Universität heute in Absolventenzahlen gemessen werden.

Scheitern – und das bedeutet ein Studienabbruch – ist immer auch desillusionierend und damit befreiend. In den Reformbemühungen hingegen schlägt sich Angst vor allem Scheitern nieder: Was nicht zertifiziert ist, gilt nichts. Als verbürge ein Zertifikat irgendeinen beruflichen Erfolg insbesondere in Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt unsicherer ist als jemals zuvor. Diese engstirnige, ängstliche Vorstellung von Sicherheit, deren Kehrseite immer auch Kontrolle ist, hat beträchtliche Folgen für die Universität. Der Bachelor soll, grotesk genug, sowohl berufsvorbereitend als auch generalistisch sein. Dass das ein Wider-

spruch in sich ist, ist schon manchen aufgefallen, hat aber keine Konsequenzen gezeitigt.¹⁰ Die Orientierung an einer Berufsvorbereitung, welche die Universität mit einem Soziologiestudium ohne klinischen Anteil ohnehin nicht leisten kann,¹¹ wird eine Verschulung nach sich ziehen, wie sich bereits im Bestreben zur Modularisierung zeigt. Wenn sie überhaupt mehr bedeuten soll, als jenes, was in gegenwärtigen Studienordnungen schon zu finden ist, läuft sie auf Folgendes hinaus: Die Qualität einer Lehrveranstaltung wird dadurch von der Person des Dozenten abgelöst, obwohl sie doch wesentlich von dessen Fähigkeit und nicht von den „Inhalten“ abhängig ist, die in den Modulen verhandelt werden.¹² Eine Loslösung der Inhalte von der Durchführung – die Kehrseite der Loslösung der Methode von der Sache – ist ein weiterer Schritt zur Verschulung, und das heißt in letzter Konsequenz: zur bloßen Wissensvermittlung. Die eigenständige Rekonstruktion und Entfaltung von Erklärungsproblemen wird dadurch nicht gefördert. Ein Studium, in dem es bloß um den Erwerb von Wissen geht, wird weder zum Hervorbringen von Erkenntnis noch zur Erzeugung praktisch bedeutsamer Problemlösungen beitragen – es läuft auf Erkenntnisverwaltung hinaus.

Darüber hinaus schwächen die Bachelor-Studiengänge die Disziplinen, da diese zu Einzelleferanten für Studiengänge herabgestuft und disziplininterne Auseinandersetzungen um Sinn und Unsinn des Bachelors unterlaufen werden. Soziologieabteilungen, die Nebenfachangebote für andere Studiengänge unterhalten, sind heute schon in ihrer Eigenständigkeit geschwächt. Das Existenzrecht der Nebenfachsoziologie ist nicht selten umstritten, und wie verteidigt sie sich? Mit dem verzweifelten und ohnmächtigen Hinweis auf die Unerlässlichkeit soziologischen

¹⁰ Vgl. Siegfried Lamnek, Globalisierung – Internationalisierung – Amerikanisierung – Bachelorisierung – McDonaldisierung, in: *Soziologie*, 31 (2002) 1, S. 5–25.

¹¹ Die Einrichtung eines Studienschwerpunkts Klinische Soziologie, wie er sich etwa an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main im Aufbau befindet, ist ein viel versprechender Schritt in diese Richtung.

¹² „Die Qualität der Lehre ist von immenser Bedeutung. Ein charismatischer Lehrer muss es sein!“, sagt Hans Ulrich Gumbrecht lapidar treffend. Vgl. H. U. Gumbrecht (Anm. 6).

Wissens in anderen Wissenschaften – um sich ihnen zugleich anzupassen.

Soziologie und Öffentlichkeit

Wir haben bislang dargelegt, was eine Wissenschaft und damit auch die Soziologie zu einer starken wissenschaftlichen Disziplin an der Universität macht, dass Lehre von unvoreingenommener Forschung lebt und welche Missstände teils schon anzutreffen sind, teils durch Reformen verschärft werden. Damit sollte nicht suggeriert werden, die Soziologie trage für diese Lage keine Verantwortung, und auch nicht, dass sie sich vor allem durch Hilfe von außen erneuern könne. Die Selbstverwaltung der Wissenschaft muss sich auf die Wissenschaft von innen heraus gründen, denn nur Forscher können beurteilen, welches die unerlässlichen Bedingungen für eine florierende Forschungslandschaft sind. Das macht es erforderlich, auf einen anderen Aspekt des Forschens einzugehen: die mit ihm notwendig verbundene Abstinenz von Praxis und in der Folge das Verhältnis von Soziologie und Öffentlichkeit.

Unter Soziologen wird immer wieder auf Neue diskutiert, wie die Soziologie mehr Resonanz *in* und mehr Aufmerksamkeit *von* der Öffentlichkeit erhalten könne. Zufrieden wird darüber berichtet, welche Resonanz sie entgegen manchen Vorurteilen erhält, woraus geschlossen wird, sie sei für das Laienpublikum attraktiver geworden. Doch ist es die Aufgabe der Wissenschaft, sich attraktiv zu machen?¹³ Fragen, die öffentlich diskutiert werden, sind deswegen nicht per se auch forschungsrelevant.

Wissenschaft wird von der Gesellschaft alimentiert, damit sie sich dem Erkenntnisfortschritt widmet. Dies geschieht, damit sie sich von der Praxis zurückziehen kann und auf eine Verwertung nicht angewiesen ist: Sie erhält dadurch einen Schutzraum, der sie von Fragen der Anwendung und Nutzung befreit. So betrachtet, ist der so genannte Elfenbeinturm – die ausschließlich „um ihrer selbst willen be-

¹³ Vgl. hierzu Thomas Loer, Warum die DGS keine soziologische Publikumszeitschrift gründen und statt dessen das Bohren dicker Bretter befördern sollte – und warum es eine Publikumszeitschrift für Soziologie dennoch geben und wer sie machen sollte, in: *Soziologie*, 33 (2003) 1, S. 106–109.

triebene Wissenschaft“ – eine Notwendigkeit. Das bedeutet keineswegs, dass Wissenschaftler sich Expertisen verweigern sollten. Doch wo sie als Experten Stellung nehmen, haben sie sich einer Antwort auf die Frage, wie die Welt sein soll, zu verweigern, denn diese ist politischer Natur. Dazu können sie als Bürger oder Bürgerinnen Stellung nehmen und als Intellektuelle in der Öffentlichkeit kämpfen. Als Wissenschaftler müssen sie sich einer solchen Stellungnahme enthalten, denn aus der Erkenntnis des Allgemeinen lässt sich kein Besonderes, keine Notwendigkeit ableiten.

Die Kehrseite der Zurückhaltung der Wissenschaftler, praktische Urteile zu fällen, ist ein radikales Engagement als Bürger oder Bürgerin, für das der soziologische Fachverstand hilfreich sein kann, aber nicht notwendig ist. Allzu häufig lässt sich etwa in Fernsehsendungen erfahren, wie Experten diese Grenze überschreiten und auf Basis ihrer Expertise z. B. politischen Parteien raten, welche Themen sie aufgreifen sollten, wie sie agieren müssten, um die Bürger für sich zu gewinnen.¹⁴

An solchen Grenzüberschreitungen hat es auch in der Soziologie nicht gemangelt. Den an die Soziologie gerichteten Forderungen und den an sie angelegten Maßstäben ist man nicht souverän entgegentreten. Mittlerweile wird es als Erfolg gefeiert, durch das Aufgreifen öffentlicher Themen für Kongresse und Tagungen Medienresonanz zu erreichen. Als seien diese Debatten per se ein Ausweis der Sachhaltigkeit und vor allem: des *state of the*

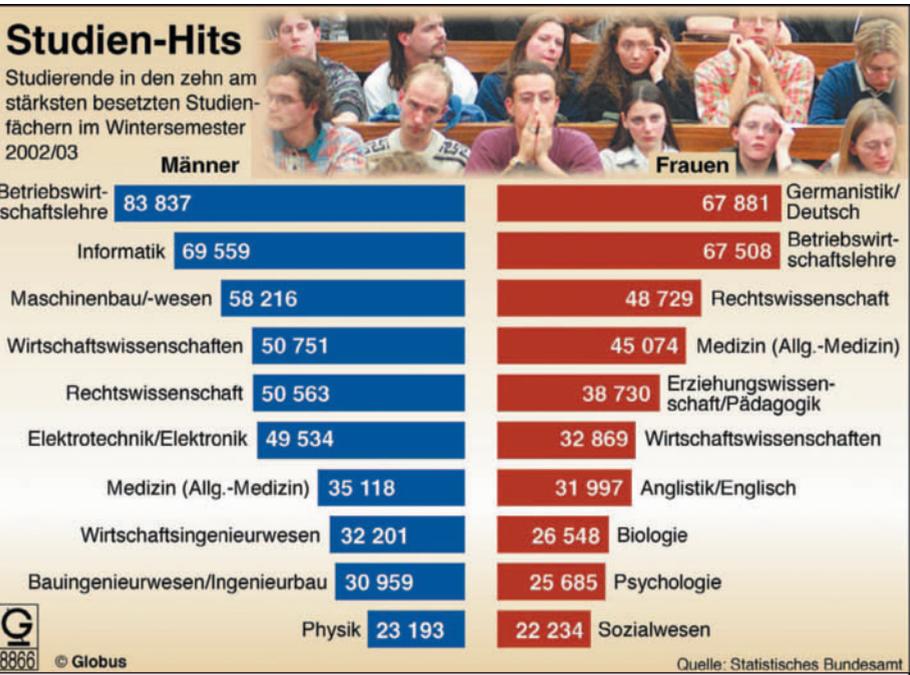
¹⁴ Vgl. Hans-Georg Soeffner, Editorial, in: *Soziologische Revue*, (2004) 1, S. 1 f. Soeffner schreibt: „Wir verfügen nicht nur über das bessere analytische und theoretische Potential, sondern auch über die fundierteren Einsichten in gesellschaftliche Lagen und Probleme als die Politik (Kursivierung hinzugefügt), sind aber weder im Stande, uns genügend ‚öffentliches Gehör‘ zu verschaffen – und damit zumindest offensichtlich unsinnige, als ‚Fakten‘ gehandelte Behauptungen zu widerlegen – noch gar die soziologische Diagnose zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen“, ebd. S. 2. Vgl. auch Karl-Heinz Hillmann/Georg W. Oesterdiekhoff, Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens als Forschungsgegenstand der Soziologie, in: *Soziologie*, 31 (2002) 2, S. 34–40. Die Autoren scheinen von einem solchen Auftrag überzeugt, wenn sie schreiben: „Die Soziologie sollte auch diesseits utopischer Idealkonzeptionen, also ganz realistisch in hiesigen Machbarkeitsdimensionen, die Menschen lehren, erziehen, in das Vermögen setzen, Konflikte zu lösen und kooperative Beziehungen aufzubauen“, ebd. S. 34.

art. Die Soziologie wird langfristig nur dann stark sein, wenn sie sich einerseits radikal dem Forschen widmet und sich nicht anmaßt, über die Richtigkeit praktischer Entscheidungen zu befinden. Andererseits kann sie an Stärke gewinnen, wo Expertisen angefragt werden, wenn sie sich in den Dienst der Praxis stellt, ohne sie zu bevormunden. Dann wäre sie auch in der Lage, die Freiheit der Forschung und deren Eigenlogik zu verteidigen, was in der Vergangenheit – vor allem im Hinblick auf die Universitätsreform – nicht genügend geschehen ist. Wären Reformvorschläge in eigener Sache aus der Soziologie heraus entwickelt worden, würde die gegenwärtige Reformdiskussion möglicherweise anders aussehen.¹⁵

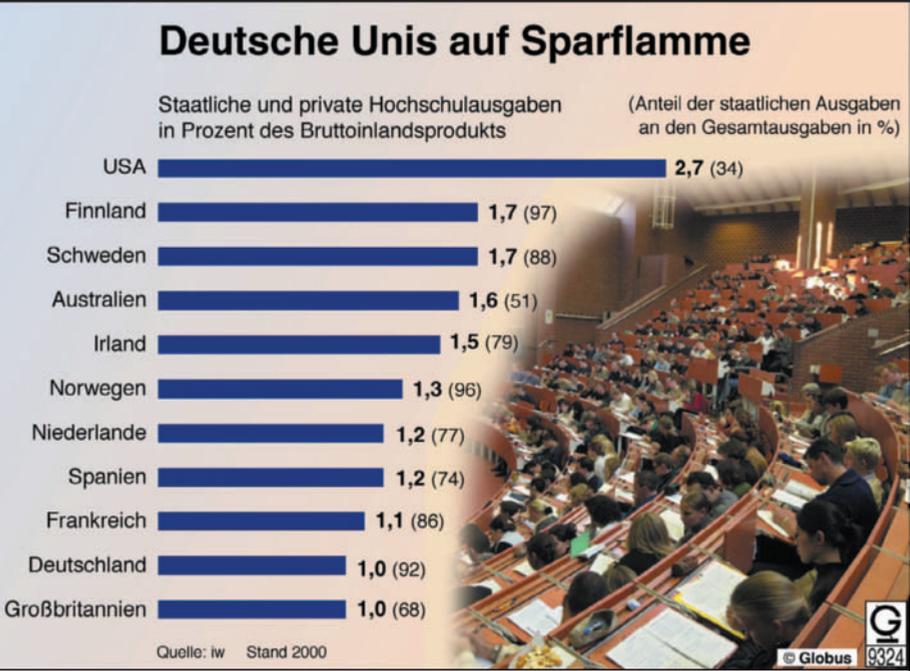
Die Zahl derer, die an der Seriosität der Soziologie zweifeln, ist groß. Beschwörungsformeln, Appelle und Aufrufe, mit denen die gesellschaftliche Bedeutung der Soziologie gepriesen wird, werden jedoch solange verhalten, wie sich diese nicht auf Forschung, Lehre und Expertise konzentriert und beschränkt. Von der Hoffnung, irgendwie aufklärerisch zu wirken, muss sie sich verabschieden, wenn sie als Wissenschaft ernst genommen werden will. Dann werden sich auch mehr Wissenschaftsjournalisten für die Forschung interessieren, darüber gut informiert berichten und einem interessierten Laienpublikum die Erkenntnisse soziologischer Forschung nahe bringen¹⁶ – so dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Erkenntnisse in eigener Entscheidung bedienen können und die Gemeinschaft ein Interesse daran entwickelt, eine unabhängige Soziologie als Wissenschaft zu fordern und zu fördern.

¹⁵ Vgl. S. Lamnek (Anm. 10), S. 6. Lamnek schreibt: „Reformen – so sie dieses Wort überhaupt verdienen – kommen nicht aus der Universität, sondern sie werden ihr vielmehr durch Bildungspolitik und Ministerialbürokratie aufoktroiert. Politische Vorgaben besitzen ein apriorisches Prä, dem sich substanzielle Überlegungen zu fügen haben.“ Lamnek ist zwar darin zuzustimmen, dass entsprechende Vorhaben aus den Ministerien stammen. Allerdings hätten starker Protest und Gegenentwürfe manche Entwicklung womöglich verhindern können; nur hätte dazu eben die Universität selbst, und hier v. a. in Gestalt ihrer Professoren, einen solchen Entwurf vorlegen müssen.

¹⁶ Vgl. T. Loer (Anm. 13).



60 Prozent aller Studierenden konzentrieren sich auf die 20 beliebtesten Studienfächer. Die technischen Studienfächer sind fest in Männerhand, Frauen sind mehr an Sprachen interessiert. Dagegen zählen Rechtswissenschaft, Medizin und Wirtschaftswissenschaften sowohl unter den Männern als auch unter den Frauen zu den Studien-Hits.



Die Ausgaben für das Hochschulwesen summieren sich in Deutschland auf nur ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein wesentlicher Grund für das schmale Budget ist der geringe Anteil privater Mittel. Länder wie die USA und Australien finanzieren ihre großzügige Hochschulausstattung in hohem Maße aus Studiengebühren oder durch die Vermarktung von Bildungs- und Forschungsleistungen. Dort entscheiden Universitäten zudem – anders als in Deutschland – frei über die Verwendung der Gelder.

Das Unbehagen an der Gesellschaft

Spricht man in einem öffentlichen Kontext von der „Krise“ der Sozialwissenschaft,¹ so macht man eine interessante Erfahrung: Während sozialwissenschaftlich interessierte Laien der Diagnose eher zustimmend begegnen, reagieren die Vertreterinnen und Vertreter des Fachs ganz unterschiedlich. Drei Reaktionsweisen lassen sich ausmachen: eine gleichgültige, eine verächtliche und eine besorgte.

Martin Hartmann

Dr. phil., geb. 1968; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt am Main.
Martin.Hartmann@em.uni-frankfurt.de

Die Gleichgültigen verspüren angesichts der Diagnose so etwas wie gelassene Langeweile. Dass sich die Sozialwissenschaft in einer Krise befinde, sei, so sagen sie, „ein alter Topos, der in regelmäßigen Abständen aus einer nicht näher definierbaren Schublade gezogen wird. Aber siehe: Es gibt uns noch!“ Die Tatsache, dass die Sozialwissenschaften ungeachtet aller Krisendiagnosen noch existieren – das ist damit wohl gemeint –, zeigt, dass diese falsch sind. Diese Art, mit Krisendiagnosen umzugehen, hat zweifellos etwas Beruhigendes, da sie die Möglichkeit bietet, auf den eingefahrenen Gleisen weiterzufahren. Darüber hinaus fällt es schwer, eine Krisendiagnose aufrechtzuerhalten, wenn diejenigen, auf die sie zugeschnitten ist, ihren eigenen Zustand nicht als krisenhaft erfahren. Zumindest mit Blick auf menschliche Handlungszusammenhänge können wir, so scheint es, erst dann von einer Krise sprechen, wenn bestimmte, von außen beobachtbare Problemlagen subjektiv auf Resonanz stoßen, wenn sie gewissermaßen ein Problem*bewusstsein* erzeugen. Fehlt dieses Bewusstsein, kann nicht sinnvoll von einer Krise gesprochen werden.²

Die Verächter der Krisendiagnose reagieren ungleich schärfer. Häufig wird diese Diagnose nämlich nicht unter Verweis auf ihre regelmäßige Wiederkehr diskreditiert, sondern durch Heranziehen empirischer Daten, und diese sprechen tatsächlich eine recht eindeutige Sprache. Mit Blick auf das Fach Soziologie etwa kommt eine Studie des Zentrums für Evaluation der Universität des Saarlandes zu dem Schluss, dass „die Zahl der Studierenden und Absolventen (...) in den 90er Jahren deutlich zugenommen“ hat. Auch seien die Berufsaussichten für soziologische Abschlüsse keinesfalls schlecht.³ Einzig nicht zu leugnende Stellenstreichungen an vielen soziologischen Instituten verdüstern das Bild, wobei diese Streichungen nach Auskunft der Autoren nicht auf einen reduzierten Bedarf zurückgeführt werden können (woher sollte der angesichts steigender Studierendenzahlen auch kommen?), sondern auf eine, wie es heißt, „politisch gewollte Verkleinerung des Faches“⁴. Dessen ungeachtet schließt der Bericht damit, dass das „Krisengerede“ im Großen und Ganzen keine empirische Basis habe. Gleichwohl erleichtere es den politischen Instanzen die Rechtfertigung des Stellenabbaus. Unverhohlen wird das „Krisengerede“ selbst als eine mögliche Erklärung der drohenden institutionellen Schwächung des Fachs ausgemacht: „Politiker sind gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel um jeden Hinweis dankbar, der Kürzungsmöglichkeiten legitimiert.“⁵ Folgt man dem, so gibt es gar keine Krise der deutschen Sozialwissenschaften, sondern nur ein „Krisengerede“, und dieses könnte über kurz oder lang – im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* – eine echte Krise auslösen. Die Konsequenz aus

¹ Vgl. Martin Hartmann, Lange Narkose, verwirrt es Erwachen. Die deutsche Sozialwissenschaft ist in ihrer Existenz bedroht, in: Die Zeit vom 30. 9. 2004, S. 50.

² Vgl. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 12.

³ „Trotz schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen und steigender Absolventenzahlen hat sich die Arbeitsmarktsituation für Soziologen in den 90er Jahren positiv entwickelt. Es scheint, dass es der Soziologie zunehmend gelingt, auch außerhalb der Universität Anerkennung für ihr Qualifikationsprofil zu finden.“ Thomas Knoll/Wolfgang Meyer/Reinhard Stockmann, Soziologie im Abwärtstrend? Eine empirische Untersuchung zur Situation der Soziologie an den bundesdeutschen Hochschulen, in: Soziologie, 4 (2000), S. 21.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., S. 22.

diesen Schlussfolgerungen liegt nahe: Schluss mit dem „Krisengerede“!

Die Sorgenvollen räumen ein, dass der Bestand der Sozialwissenschaften von der Zustimmung oder Akzeptanz einer inneruniversitären Verwaltung und eines außeruniversitären Publikums abhängig ist und sehen darin eine gewisse Krisensymptomatik. Es lässt sich tatsächlich nicht länger übersehen, dass an zahlreichen deutschen Universitäten gerade im Fach Soziologie Stellen gestrichen werden.¹⁶ Besonders markant ist der Fall des traditionsreichen Soziologieinstituts der Freien Universität Berlin, an dem fünf von neun Professuren fortfallen. Nicht zu leugnen ist auch das missliche Verhältnis der Sozialwissenschaften zur breiteren Öffentlichkeit. Schon seit langem ertönt die Klage, man werde über die Fachgrenzen hinaus kaum noch wahrgenommen. Tatsächlich scheinen die Sozialwissenschaften in der Öffentlichkeit die „kulturelle Leitfunktion“ verloren zu haben, die man ihnen in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts unumwunden zugesprochen hatte.¹⁷ Demgegenüber stellen sie heute offenbar nicht mehr die Kategorien und Begrifflichkeiten bereit, in denen sich die bundesdeutsche Gesellschaft wieder erkennen kann. Mehr noch, die Kategorie der „Gesellschaft“ selbst scheint ihre alte Bündelungskraft verloren zu haben. Diente sie einstmals als begriffliches Passepartout für die Erklärung der wichtigsten sozialen Phänomene – und beanspruchte folglich eine besonders gesellschaftsnahe Disziplin wie die Soziologie den Status einer „Königsdisziplin“ –, so bedingt die Krise der Gesellschaftskategorie unmittelbar eine Krise aller Wissenschaften vom Sozialen. In diesem Sinne scheint es unausweichlich, dass das Gewicht der Sozialwissenschaften schwinden muss.

Reaktionen auf die Krisendiagnose

Wie ist nun mit diesen unterschiedlichen Reaktionen auf die Krisendiagnose umzugehen? Die Sozialwissenschaften können sich – ent-

¹⁶ Vgl. Hans-Peter Müller, *Soziologie in der Emigration?*, in: Eva Barlösius/Hans-Peter Müller/Steffen Sigmund (Hrsg.), *Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven in Deutschland*, Opladen 2001, S. 41 f.

¹⁷ Vgl. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 272.

gegen der Auffassung der Gleichgültigen – natürlich auch dann in einer Krise befinden, wenn ihre Vertreterinnen und Vertreter *kein* Krisenbewusstsein verspüren. Die Verflechtungen aller Wissenschaften mit politischen und bürokratischen Zusammenhängen sind viel zu stark, als dass subjektive Bewusstseinslagen einen entscheidenden Ausschlag für Bestandsgarantien geben könnten.

Den empirisch versierten Verächtern der Krisendiagnose ist zunächst zuzugestehen, dass die studentische Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Kompetenz sehr hoch ist; auch lässt sich nicht bestreiten, dass die universitäre Institutionalisierung der Sozialwissenschaften in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg und auch nach 1989 in den neuen Bundesländern äußerst erfolgreich verlaufen ist.¹⁸ Der Behauptung, der gegenwärtig zu beobachtende Stellenabbau sei politisch gewollt, Stellenabbau und „Krisengerede“ seien kausal verknüpft, ist jedoch entgegenzuhalten, dass Stellenstreichungen und Mittelkürzungen nur mit mehreren Faktoren zu erklären sind. Das öffentliche Ansehen eines Fachs ist zweifellos *ein* Faktor, der in diesem Zusammenhang Gewicht besitzt. Aber es wäre albern und naiv zu meinen, es sei der einzige und entscheidende Faktor, wenn es um die Rechtfertigung von Kürzungsmaßnahmen geht.

Die größte Plausibilität besitzt folglich der sorgenvolle Umgang mit der Krisendiagnose. Allerdings reicht es nicht, diese Diagnose nur oberflächlich mit institutionellen und publizistischen Problemen der Sozialwissenschaften in Verbindung zu bringen. Was die vorgebliche „Krise“ der Sozialwissenschaften angeht, handelt es sich um ein Phänomen mit tieferen Wurzeln. Der Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften scheint sich so transformiert zu haben, dass es kaum noch möglich ist, die gewohnten Bezugspunkte des sozialwissenschaftlichen Denkens in unveränderter Weise aufrechtzuerhalten. Dieses Entgleiten des traditionellen Gegenstandsbereichs der Sozialwissenschaften soll im Folgenden für ihre gegenwärtige Krise verantwortlich gemacht werden. Die Krise kommt

¹⁸ Vgl. für den Bereich Ostdeutschlands: Rainer M. Lepsius, *Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45 (1993) 2, S. 305–337.

damit nicht so sehr als institutionelle oder publizistische Krise in den Blick, sondern als begriffliche oder konzeptuelle Krise mit möglichen institutionellen oder publizistischen Folgen.

Die Gesellschaft verschwindet

Um die folgende Darstellung übersichtlicher zu gestalten, wird es sinnvoll sein, zwischen den Veränderungen im Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften und der wissenschaftlichen Reflexion dieser Veränderungen zu unterscheiden. Es sieht so aus, als wäre den Sozialwissenschaften der Gegenstand – die „Gesellschaft“ im emphatischen Sinne, den das Wort einmal besaß – abhanden gekommen. Wie kritisch es um die Kategorie der Gesellschaft steht, vermag man etwa daran abzulesen, dass sie in vielen theoretischen Kontexten durch die weniger spezifische Kategorie des „Sozialen“ abgelöst wird. Stellvertretend sei aus einem neueren Lehrbuch von Hans Joas und Wolfgang Knöbl zitiert, das in die wichtigsten Sozialtheorien der Gegenwart einführen will: „Wir haben uns für den Begriff ‚Sozialtheorie‘ (...) entschieden, weil uns der mehr im Deutschen als im Englischen übliche Begriff der ‚Gesellschaftstheorie‘ Unbehagen bereitet. Mit diesem Begriff wurden oft gegenüber der soziologischen Theorie eher linke, ‚kritische‘ normative Dimensionen annonciert. Doch ist (...) der Begriff der Gesellschaft untergründig so sehr mit dem einer nationalstaatlich verfassten und territorial klar umgrenzten Ordnung verknüpft, dass er immer schon voraussetzungsreich war und heute, da diese Voraussetzungen offen zutage liegen, endgültig problematisch geworden ist.“¹⁰ Zwei Dinge kommen in diesem Zitat zum Ausdruck: Zum einen erfüllte der Begriff Gesellschaft ebenso wie jener der Gesellschaftstheorie lange Zeit die Funktion einer kritischen Kategorie. Mit „Gesellschaft“ verbanden sich Aussagen über die Ursachen individueller und sozialer Problemlagen und Vorschläge zur deren Lösung. Als Höhepunkt dieser kritischen Aufladung des Gesellschaftsbegriffs muss zweifellos das Jahr 1968 betrachtet werden. Die Sozialwissenschaften, insbesondere die Soziologie, saßen in dieser Zeit gleichsam auf den Schultern einer Generation, die wie kaum eine an-

¹⁰ Hans Joas/Wolfgang Knöbl, Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen, Frankfurt/M. 2004, S. 11.

dere Nachkriegsgeneration von der Wirkmächtigkeit ihres Handelns überzeugt war. Was immer der Übergang von der Gesellschafts- zur Sozialtheorie sonst bedeuten mag, dieser Übergang markiert die weitgehende Abkoppelung der Sozialwissenschaften von sozialen Bewegungen und die Bereitschaft, dieses Phänomen begrifflich zu kennzeichnen. Frank Nullmeier spricht mit Blick auf die Gegenwart deshalb nicht zu Unrecht davon, dass sich „die bundesdeutsche akademische Theorieproduktion (...) in größerer Distanz zu politischen Kämpfen vollzieht und dadurch selbstbezoglicher“ wird.¹¹

Zum anderen legt das Zitat von Joas und Knöbl nahe, dass der Begriff Gesellschaft auch deskriptiv unbrauchbar geworden ist, weil er stets auf zumeist nationalstaatlich begrenzte Gebilde bezogen blieb. Diese räumliche Beschränkung muss aus gegenwärtiger Sicht gleich mehrere Probleme nach sich ziehen. So verweist natürlich die gesamte Rede von der Globalisierung auf Phänomene der ökonomischen, kulturellen und politischen Internationalisierung, durch die – so zumindest eine häufig vertretene These – der Handlungsspielraum nationalstaatlich organisierter Instanzen geschwächt oder eingeeignet wird. Der Gesellschaftsbegriff scheint in seiner Ausrichtung auf einzelstaatliche Gebilde an seine kategorialen Grenzen zu stoßen, wenn sich beispielsweise Probleme der Ungleichheit, der sozialen Mobilität, der Bildung oder auch der Arbeitslosigkeit gar nicht mehr angemessen ohne Bezug auf transnationale Handlungskontexte explizieren lassen. Diese transnationalen Handlungskontexte müssen dabei nicht einmal global ausgedehnt sein. Das, was man das „nationalstaatliche Vergesellschaftungsmodell“ genannt hat, stößt schon beim Blick auf die europäischen Integrationsprozesse an seine Grenzen. Während sich die Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft schon seit längerem mit den Prozessen und Effekten der europäischen Einheit beschäftigen, ist „die europäische Integration für die Soziologie nach wie vor ein Randthema“¹¹. Die methodisch lange Zeit vorherr-

¹⁰ Frank Nullmeier, Anerkennung: Auf dem Weg zu einem kulturalen Sozialstaatsverständnis?, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/M. – New York 2003, S. 407.

¹¹ Maurizio Bach, Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven ei-

schende Konzentration auf Einzelgesellschaften erzeugt eine gewisse Sprachlosigkeit, wenn es darum geht, jene politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Verflechtungen zu beschreiben, die über eine Einzelgesellschaft hinausgehen.

Doch der Gesellschaftsbegriff ist nicht nur aufgrund seiner geographischen Beschränktheit in Misskredit geraten. Ihm wohnen weitere Elemente inne, deren Gültigkeit zweifelhaft geworden ist. So arbeitete die Soziologie in ihren funktionalistischen Ausrichtungen lange mit einem Gesellschaftsbegriff, der Differenzierung und Wertekonsens in sich vereinte. Dieser soziologischen Tradition entspricht, dass sich Gesellschaften aus differenzierbaren Einheiten zusammensetzen (Klassen, Ständen, Schichten, Milieus, Berufen etc.). Deren Vielzahl ist nur deswegen nicht stabilitätsgefährdend, weil die Mitglieder dieser Einheiten über gemeinsame Werte verfügen und dementsprechend über alle sozialen und funktionalen Grenzen hinweg koordiniert miteinander agieren. Moderne Gesellschaften sind dieser Perspektive nach zugleich Gesellschaften und Gemeinschaften oder, in der Formel von Talcott Parsons, „gesellschaftliche Gemeinschaften“¹².

Problematisch sind der Soziologie mittlerweile wesentliche Facetten des Differenzierungs- und des Konsensbegriffs geworden. Schon ein kurzer Blick auf die differenzierten Einheiten zeigt, dass diese einer kollektivistischen Lesart unterliegen. Vor allem die deutschsprachige Soziologie hat aber seit Mitte der achtziger Jahre den Begriff der „Individualisierung“ ins Zentrum gerückt und damit den schwächer werdenden Einfluss kollektiver Bindungskräfte beschrieben. Dieser Begriff hat viele Bedeutungsfacetten, die hier nicht alle ausbuchstabiert werden können.¹³ So wie Ulrich Beck ihn in seinem Buch *Risikogesellschaft* verwendet, steht er für verschiedene Formen der Entkollektivie-

rung sozialen Handelns: „Ständisch geprägte Sozialmilieus und klassenkulturelle Lebensformen verblasen. Es entstehen der Tendenz nach individualisierte Existenzformen und Existenzlagen, die die Menschen dazu zwingen, sich selbst (. . .) zum Zentrum ihrer eigenen Lebensplanung und Lebensführung zu machen.“¹⁴ Wenn Individualisierung in diesem Sinne das Zerschneiden ständischer oder klassenkultureller Lebensformen beschreibt, dann muss es schwieriger werden, kollektive Einheiten zu benennen, deren funktionales Aufeinanderbezogenheit – im Zusammenspiel mit allgemein geteilten Werten – Gesellschaften als abgrenzbare Gebilde identifizierbar machen. Individualisierung hinterlässt kein soziales Chaos, aber sie erschwert den Versuch, jene Elemente zu kennzeichnen, die sich zu Gesellschaften integrieren. Erschwerend kommt hinzu, dass auch an der Existenz eines allgemeinen Wertekonsenses gezweifelt worden ist. Dieser Zweifel nimmt eine allgemeine Form an, wenn etwa bestritten wird, dass Gesellschaften überhaupt als Gebilde zu betrachten sind, die durch einen umfassenden Wertekonsens zusammengehalten werden;¹⁵ er kann aber auch historisch spezifischer auftreten und sich auf die unter dem Stichwort des „Multikulturalismus“ verhandelte Tatsache berufen, dass sich gerade im Herzen der westlichen Gesellschaften kulturelle Wertegemeinschaften herauskristallisiert haben, deren mehr oder weniger friedliche Koexistenz offenbar nicht auf gemeinsamen Werten beruht.¹⁶

Mit den bisherigen Überlegungen soll nicht suggeriert werden, der Gesellschaftsbegriff sei aus dem Sprachschatz verschwunden. Natürlich sprechen wir immer noch ganz selbstverständlich von „Gesellschaft“ und „Gesellschaften“. Unklar ist nur, ob wir mit dem Begriff weiterhin meinen können, was wir in der Vergangenheit damit gemeint haben. Was bleibt, so die Frage, wenn wir den Terminus der Gesellschaft nicht mehr territorial, politisch oder kollektivistisch unterfüttern können? Die skizzierten Phänomene der Globa-

ner Soziologie der europäischen Integration, in: ders. (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Wiesbaden 2000, S. 13.

¹² Talcott Parsons, *Das System moderner Gesellschaften*, Weinheim – München 1985⁵, S. 20 ff.

¹³ Vgl. Martin Hartmann, *Eine Münchner Schule ist nicht in Sicht: Kritisches zum Stand der Individualisierungsdebatte*, in: *Leviathan*, 29 (2001), S. 304–313.

¹⁴ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft*, Frankfurt/M. 1986, S. 117. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag von U. Beck in dieser Ausgabe.

¹⁵ Vgl. Michael Mann, *Geschichte der Macht. Von den Anfängen bis zur griechischen Antike*, Frankfurt/M. – New York 1990, S. 13 ff.

¹⁶ Michel Wieviorka u. a. (Hrsg.), *Une société fragmentée? Le multiculturalisme en débat*, Paris 1996.

lisierung, Individualisierung und Multikulturalisierung scheinen den Gesellschaftsbegriff auf eine Weise zu untergraben, die seine Verwendung auch in soziologischen Kontexten problematisch erscheinen lassen muss. Und so kann es nicht weiter überraschen, dass sich etwa in der französischsprachigen Soziologie die Rede von der „Krise der Gesellschafts-idee“ schon seit längerem mit Überlegungen zur Krise der Soziologie in ihrer überkommenen Form verbindet.¹⁷

„There is no such thing as society“

In diesem Zusammenhang sind noch weitere Prozesse erwähnenswert, die zur Krise der Gesellschaftsidee beigetragen haben: etwa jene Phänomene, für welche die Wendung zum Neoliberalismus steht. Margaret Thatchers Ausspruch „There is no such thing as society, only individual men and women and their families“ fasst im Kern eine Grundüberzeugung neoliberalen Denkens zusammen, zielt sie doch auf die Annahme, es könne so etwas wie individuelle Verhaltensformen geben, die sich unter Bezug auf soziale oder gesellschaftliche Umstände erläutern lassen.¹⁸ Der Einzelne ist letztlich für sein Verhalten verantwortlich, Ungleichheiten zwischen den Individuen sollten auf individuell zurechenbare Entscheidungen zurückgeführt werden, nicht aber auf Effekte sozialer Herkunft oder Lage. Vertreter neoliberaler Positionen leugnen auf diese Weise die Existenz des Sozialen oder der Gesellschaft überhaupt.

Aber auch von einer ganz anderen Seite werden spezifisch soziale Erklärungsmuster individuellen Verhaltens angegriffen. Überall dort nämlich, wo die neueren Lebenswissenschaften ihren Einfluss geltend machen, setzt sich, ob zu Recht oder Unrecht, die Einsicht in die Determiniertheit menschlichen Verhaltens durch. Ob es sich um die Ergebnisse der Hirnforschung oder die Konsequenzen der wissenschaftlichen Genanalyse handelt – stets assoziiert eine breite Öffentlichkeit mit den Ergebnissen dieser Forschungsrichtungen bereitwillig eine Einschränkung individuell oder sozial zurechenbarer Verantwortung.

¹⁷ Vgl. François Dubet, *Sociologie de l'expérience*, Paris 1994, S. 52 ff.

¹⁸ Ich zitiere Margaret Thatcher nach John Urry, *Sociology beyond Societies. Mobilities for the twenty-first century*, London–New York 2000, S. 5.

Zwar ist unverkennbar, dass sich die Annahme einer genetischen oder hirnhysiologischen Determiniertheit menschlichen Verhaltens nicht leicht mit dem ideologischen Untergrund neoliberaler Positionen verbinden lässt. Hier interessiert aber einzig die Tendenz sowohl des Neoliberalismus als auch der neueren Lebenswissenschaften, menschliches Verhalten mehr oder weniger frei von sozialen Bezügen zu deuten. Konnte Karl Ulrich Mayer die Schwierigkeiten der Sozialwissenschaften 1996 noch darauf zurückführen, dass ihre wesentlichen Kategorien in andere Fachgebiete „diffundiert“ seien, die sich auf diese Weise mit dem Effekt „soziologisiert“ hätten, die Soziologie als Fach „zum Verschwinden“ zu bringen, so muss für die Gegenwart eher eine breite Tendenz zur Entsoziologisierung der Wissenschaften konstatiert werden.¹⁹

Weiter oben wurde zwischen den realen Veränderungen im Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften und ihrer sozialwissenschaftlichen Reflexion unterschieden. Mit dem Begriff der Reflexion ist hier zweierlei gemeint. Zum einen sind einige der hier beschriebenen Prozesse natürlich Gegenstand sozialwissenschaftlichen Nachdenkens. Nichts hindert die Sozialwissenschaften daran, die Wandlungen des Gesellschaftlichen selbst zum Thema zu machen. Zum anderen können sich diese aber auch im Rücken der Sozialwissenschaften bemerkbar machen, also ohne direkt thematisiert zu werden. Durch eine Verlagerung der Aufmerksamkeit und eine Neugewichtung der methodischen Ausrichtung etwa können sich Zweifel am Sinn überkommener Gesellschaftsanalysen oder am Sinn von Gesellschaftsanalyse überhaupt manifestieren. So lässt sich etwa, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der soziologischen Forschung der Bundesrepublik eine deutliche Mikroorientierung ausmachen. Im Mittelpunkt der Forschung stehen kleinteilig-übersichtliche Handlungszusammenhänge (etwa Familien oder Betriebe), die mit Ansätzen der verstehenden Soziologie oder mit Rational-Choice-Methoden entschlüsselt werden. In den Augen der Grande Dame der deutschen Soziologie, Renate Mayntz, zeigt sich hier ein zunehmendes „Bemühen um solide Profes-

¹⁹ Karl Ulrich Mayer, Gefahren drohen weniger von außen als von innen. Ein Kommentar zur Lage der soziologischen Forschung, in: *Soziologie*, 4 (1996), S. 14.

sionalität“; die marxistische Gesellschaftstheorie der sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts wird dagegen explizit für den schlechten Ruf der Disziplin verantwortlich gemacht.¹²⁰ Andere Autorinnen und Autoren thematisieren größere institutionelle Ordnungen nur noch als Produkt sozialen Handelns, nicht aber als dessen Voraussetzung.¹²¹ Ein weiterer Ansatz verabschiedet schließlich die Gesellschaftskategorie und entwickelt Kategorien einer „nachgesellschaftlichen“ Soziologie.¹²²

Sowohl mit Blick auf reale Wandlungen als auch auf ihre soziologische Reflexion zeigt sich also, dass die Kategorie der Gesellschaft in die Defensive geraten oder sogar schon ganz verabschiedet worden ist. Wie aber soll man mit diesem Sachverhalt umgehen? Oder, etwas anders gefragt: Wenn wir voraussetzen, dass die Kategorie der Gesellschaft tatsächlich in der beschriebenen Art und Weise geschwächt ist – muss darin ein Problem für die Sozialwissenschaften liegen?

Um auf diese Fragen eine Antwort zu geben, mag es hilfreich sein, anzudeuten, was es (unter anderem) heißt, ein Problem gesellschaftlich zu erklären. Ein Problem „gesellschaftlich“ erklären heißt, Faktoren, die jenseits des individuellen Wollens liegen, für dieses Wollen selbst oder für seine Ergebnisse verantwortlich zu machen. Armut beispielsweise ist dieser Perspektive nach nicht einfach nur Ergebnis individueller Fehlentscheidungen oder Schicksalsschläge; um sie zu erklären, bedarf es einer Kenntnis all der sozialen Faktoren, die Armut auch (aber nicht ausschließlich) verursachen: soziale und familiäre Herkunft, Qualität der Bildungseinrichtungen und der staatlichen Unterstützungsnetzwerke, sozialer Stand (allein erziehend, verheiratet, geschieden), Geschlecht etc.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht handelt es sich bei einer solchen Bestimmung der spezifisch gesellschaftlichen Einflusskräfte auf individuelles Verhalten eigentlich um eine absolute Banalität. Gleichwohl wächst aufgrund der beschriebenen Krise des Gesellschaftskonzepts die Bereitschaft, individuelles Verhalten nicht länger unter Bezug auf gesellschaftliche Faktoren zu erläutern. Insbesondere in neoliberalen Argumentationskontexten ist der Begriff „Gesellschaft“ wie angedeutet schon seit mehreren Jahren nur noch eine Art Schimpfwort. Aber auch die mikrologische Orientierung eines großen Teils der Sozialwissenschaften versperrt den Blick für die größeren strukturellen Kontexte des menschlichen Handelns, ein Sachverhalt, der noch verschärft wird durch ein ausgeprägtes Desinteresse an makrotheoretischen Deutungsmustern.¹²³ Gleichzeitig wird kaum daran gezweifelt, dass die Kette der Faktoren, die auf Handlungsverläufe einwirken, immer länger wird. In sozialwissenschaftlichem Jargon heißt das: die Interdependenzen zwischen den Akteuren nehmen zu. Nicht wenige Autorinnen und Autoren verwendet den Begriff der Globalisierung genau in diesem Sinne: „Globalisierung“ beschreibt Anthony Giddens als eine „Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, dass Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen und umgekehrt“¹²⁴. Stimmen diese Befunde, haben wir es offensichtlich mit einer paradoxen Gleichzeitigkeit zu tun: Auf der einen Seite fällt es offenbar immer schwerer, individuelles Verhalten unter Verweis auf gesellschaftliche oder schlicht soziale Faktoren zu erläutern, auf der anderen Seite ist weitgehend unbestritten, dass der Bereich der Faktoren, die auf individuelles Verhalten einwirken, immer größer oder umfassender wird.¹²⁵

¹²⁰ Vgl. Renate Mayntz, Hauptfach Nabelschau. Sozialwissenschaft hält sich an Themen, nicht an Disziplinen, in: Joachim Fritz-Vannahme (Hrsg.), Wozu heute noch Soziologie?, Opladen 1996, S. 62.

¹²¹ Bernd Giesen, Entzauberte Soziologie oder: Abschied von der klassischen Gesellschaftstheorie, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. – New York 1991, S. 775.

¹²² Vgl. J. Urry (Anm. 18).

¹²³ Vgl. einzelne Beiträge in der Revue du Mauss (Semestrielle), 24 (2004). Der Halbjahresband trägt den Titel: Une théorie sociologique générale est-elle pensable? De la science sociale.

¹²⁴ Anthony Giddens, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995, S. 85.

¹²⁵ Vgl. Martin Hartmann/Axel Honneth, Paradoxien des Kapitalismus, in: Berliner Debatte Initial, 15 (2004) 1, S. 4–17; Martin Hartmann, Paradoxien des „neuen“ Kapitalismus, in: Anna Geis/David Strecker (Hrsg.),

Wenn diese eigentümliche Gleichzeitigkeit angemessen beschrieben ist, dann kann es nicht Aufgabe der Sozialwissenschaften sein, alle Elemente, die traditionellerweise den Begriff der Gesellschaft ausgemacht haben, fallen zu lassen. Zwar ist es nicht länger möglich, die auf individuelles Verhalten einwirkenden Faktoren territorial zu begrenzen, und in diesem Sinne ist es richtig, den Gesellschaftsbegriff zu modifizieren oder sogar ganz auf ihn zu verzichten. Allerdings wäre es für die Sozialwissenschaften fatal, wenn sie in diesem Zusammenhang das Kind mit dem Bade ausschütten würden, hatte doch der traditionelle Begriff der Gesellschaft – zumindest in seiner linken Lesart – stets mehr im Sinn als die Bezugnahme auf ein territorial begrenztes Gebilde sozialer Ordnung. Würde eine Gesellschaft etwa als „kapitalistisch“ oder „spätkapitalistisch“ bezeichnet, zielte der Gesellschaftsbegriff keinesfalls nur auf ein territorial begrenztes Gebilde. Gesellschaft wurde hier vielmehr als ein Gebilde verstanden, das in seiner Gesamtheit eine Prägung durch ökonomische Strukturprozesse erfuhr, die sowohl auf das politische als auch auf das kulturell-lebensweltliche Feld einwirkten. Gesellschaftstheorie war zumeist in dem Sinne kritisch, dass sie die negativen Folgen dieser Einwirkung in den Blick nahm.

Natürlich kann es hier nicht darum gehen, den Sozialwissenschaften eine Rückkehr zu einseitig ökonomistischen Deutungsmustern zu empfehlen. Jede hinreichend komplexe Gesellschaftsanalyse muss weiterhin das Zusammenspiel ökonomischer, politischer und kultureller Faktoren berücksichtigen. Allerdings verlangen einige der gegenwärtig beobachtbaren Entwicklungen eine stärkere Gewichtung des ökonomischen Faktors. Folgt man etwa dem Vorschlag von Luc Boltanski und Ève Chiapello, dann hat das Unvermögen, das eigene Handeln gewissermaßen sozial zu definieren,¹²⁶ eine seiner Quellen in einem Netzwerkkapitalismus. Dieser stellt zwar mit Hilfe der Netz-Metapher Verbindungen zwischen einzelnen Netzpunkten her, gibt gleichwohl aber keine Möglichkeit an die

Hand, einzelne Handlungen im Netz auf konkrete Punkte oder Personen zu beziehen. Netze sind in diesem Sinne „enträumlicht (. . .), geprägt von einem Druck zur grenzenlosen Ausdehnung“¹²⁷. In äußerster Verkürzung komplexer Zusammenhänge lässt sich sagen, dass auch ein so verstandener Netzwerkkapitalismus dazu neigt, die Kategorie des Gesellschaftlichen zu untergraben. Er tut das aber nicht nur, indem er soziales Handeln „enträumlicht“, sondern vor allem, indem er das Vermögen schwächt, Zusammenhänge zu erkennen, wo es diese gibt.

Die Sozialwissenschaften, das ist eine der Schlussfolgerungen der vorangegangenen Überlegungen, sollten es als ihre Aufgabe ansehen, das Denken in Zusammenhängen zu verteidigen oder, wo es bereits abgestorben ist, wieder zu beleben. Zugleich sollten sie sich die Mühe machen, all die Prozesse zu erklären, durch die dieses Denken in Zusammenhängen diskreditiert worden ist. Es ist letztlich erst dieser Schritt, der ein genaues Verständnis der institutionellen und publizistischen Krise der Sozialwissenschaften ermöglicht. Beide Aufgaben erfordern einerseits all das Faktenwissen, das genaue empirische Analysen liefern. Andererseits ist aber auch ein Theorieinteresse nötig, das es ermöglicht, diese Fakten schlüssig auf allgemeinere Prozesse sozialen Wandels zu beziehen. Das Gesellschaftliche oder – wenn man das vorziehen will – das Soziale verpufft nicht, es verändert nur seine Gestalt. Diesen Gestaltwandel in allen seinen komplexen Verflechtungen kritisch zu begleiten, die ihn tragenden Mythen und Ideologien empirisch und theoretisch zu durchdringen – das bleibt Aufgabe einer selbstbewussten Sozialwissenschaft. Wer weiß, in welchem Maße selbst die politische Linke harten sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber unempfindlich geworden ist, dem sollte klar sein, wie groß die Herausforderung ist, die den Sozialwissenschaften damit gestellt wird.

¹²⁷ Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003, S. 421.

Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt/M. – New York 2005, S. 199–212.

¹²⁶ Das heißt unter Bezugnahme auf die mit diesem Handeln verbundenen Konsequenzen und auf die diesem Handeln vorausgehenden Handlungen anderer.

ZeitBilder



Karl-Rudolf Korte
Wahlen
in der Bundesrepublik Deutschland

bpb Bundeszentrale für politische Bildung

Das überarbeitete und aktualisierte ZeitBild – Rudolf Korte, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2005 – kann ab Ende August 2005 unter www.bpb.de/shop/ bestellt werden.

APuZ

Nächste Ausgabe 36/2005 · 5. September 2005

Europa

Ludger Kühnhardt

Quo vadis Europa?

Winand Gellner · Armin Glatzmeier

Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft

Karlheinz Dürr

Die Europäisierung des Demokratie-Lernens

Armin von Bogdandy

Die europäische Republik

Thomas König

Unitarisierung durch Europäisierung?

René Schwok · Stephan Bloetzer

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen
für *APuZ* zum Preis von
Euro 3,58 zuzüglich
Verpackungskosten, Portokosten
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Ulrich Beck

3-11 **Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert**

Die Soziologie hat als Leitwissenschaft abgedankt; ihr Adressat ist nicht länger die Gesellschaft, sondern sie selbst. Ist dieser paradoxe Autismus der Wissenschaft des sozialen Handelns unwiderruflich? Welche Rolle können die Sozialwissenschaften künftig spielen? Was meint „Europäisierung“ in der Perspektive soziologischer Theorie und Forschung? Gibt es so etwas wie eine europäische Gesellschaft?

Karl Otto Hondrich

11-17 **Bildung, Kultur und elementare soziale Prozesse**

Die Soziologie hat an Interesse verloren. Ein Grund dafür könnte das langjährige Bemühen der Soziologen sein, sich als Kulturwissenschaftler von den Naturwissenschaftlern abzugrenzen. Im Ergebnis ist die Soziologie in den Kulturwissenschaften aufgegangen; sie hat sich – überspitzt formuliert – aufgegeben. Im Beitrag geht es darum, Gegenstand und Perspektive des Faches wieder zu finden.

Jürgen Kocka

17-22 **Vermittlungsschwierigkeiten der Sozialwissenschaften**

Sozialwissenschaftler sind keine Journalisten. Aber die gegenseitige Durchdringung von Gesellschaft und Wissenschaft nimmt zu. Die Professionalisierung der Sozialwissenschaften hat zu Spezialisierung und Selbstreferentialität geführt. Eine Neuadjustierung ist nötig. Richtig verstandener Publikumsbezug ist ein Kernbestandteil guter sozialwissenschaftlicher Praxis.

Sascha Liebermann · Thomas Loer

23-29 **Soziologie – Gegenwart und Zukunft einer Wissenschaft**

Soziologie ist eine Wissenschaft, ihr Zweck Erkenntnis, ihr Medium Argumentation, ihr Ferment Kritik. Neugierige Studenten werden nur gewonnen, wenn diese Prinzipien in Forschung und Lehre lebendig sind. Wo sie aufgegeben werden, droht der Untergang der Soziologie als Wissenschaft und damit der Universität.

Martin Hartmann

31-37 **Das Unbehagen an der Gesellschaft**

Sozialwissenschaft, das scheint banal, kommt ohne den Begriff der Gesellschaft nicht aus. Gerät dieser jedoch in eine Krise, wird auch die Sozialwissenschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der Beitrag untersucht die Gründe für das Unbehagen am Gesellschaftsbegriff, versucht zugleich aber diejenigen Elemente an ihm zu benennen, die auch gegenwärtig noch relevant sind.